

Übersicht über die Maßnahmen der Landesaktionspläne gegen Homo- und Transphobie in den deutschen Bundes- ländern

Eine Zusammenstellung der Change Centre Foundation
Meerbusch / Berlin, 2015

Übersicht über die Maßnahmen der Landesaktionspläne gegen Homo- und Transphobie in den deutschen Bundesländern – Stand Dezember 2015

Die vorliegende Synopse zeigt auf, wie verschiedene staatliche Akteure eine der größten gesellschaftlichen Veränderungsaufgaben angehen – die Gleichstellung und Akzeptanz nicht dem gesellschaftlichen „mainstream“ zuzuordnender sexueller und geschlechtlicher Identitäten. Dieses zunächst individuelle Thema, nämlich die eigene Identität diskriminierungsfrei und selbstverständlich leben zu können, betrifft auch die Wertvorstellungen der Gesellschaft sowie die ihrer Subsysteme in Arbeitswelt, Bildung, Kultur uvm. Gesetzgeber und Politik agieren und reagieren in diesem Feld auf unterschiedliche Weise, wie diese Synopse deutlich macht. Sie hat daher zum Ziel, einen Beitrag für die Programmentwicklung von Antidiskriminierungsprojekten zu leisten und eine leichtere Abstimmung interessierter Akteure zu ermöglichen.

Das Europäische Parlament hat 2014 den Mitgliedsstaaten der EU auferlegt, eine Strategie zur Bekämpfung von Homophobie und Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität, zu entwickeln. Im April 2015 hat die Parlamentarische Versammlung des Europarates mit der Entschliebung „Discrimination against transgender people in Europe“ zur gesellschaftlichen Akzeptanz von Transgender-Personen angeregt.

Im Koalitionsvertrag der deutschen Bundesregierung vom Dezember 2013 steht: „Wir werden den 'Nationalen Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz' um das Thema Homo- und Transphobie erweitern.“ Damit greift die Bundesregierung Beschlüsse des Europäischen Parlaments und des Europarates auf, lesbische, schwule, bisexuelle, Trans*- und Inter*- sowie queere Menschen gleichzustellen und gegen bestehende Diskriminierung vorzugehen.

In den deutschen Bundesländern gibt es seit mehr als fünf Jahren Bestrebungen, Maßnahmen zur Gleichstellung von LSBTTIQ* in Aktionsplänen auszudrücken. Berlin war das erste Bundesland, das im Jahr 2010 ein Maßnahmenpaket beschlossen hat. Ein Konzept aus Nordrhein-Westfalen folgte im Jahr 2012. Ein Aktionsplan aus Rheinland-Pfalz wurde 2013 veröffentlicht. Baden-Württemberg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern stellten 2015 Landesaktionspläne zur Gleichstellung von LSBTTIQ* vor. In Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hessen, Thüringen, Hamburg und Schleswig-Holstein werden ähnliche Programme vorbereitet, die teilweise kurz vor der Veröffentlichung stehen. In Niedersachsen setzte man sich unter der Überschrift „Gemeinsam für Vielfalt in Niedersachsen“ ebenfalls mit dem Thema auseinander. Die Handlungsempfehlungen entstanden im Rahmen eines Runden Tisches – es handelt sich bei den für Niedersachsen aufgeführten Maßnahmen daher nicht um einen staatlich verabschiedeten Landesaktionsplan im eigentlichen Sinne. In Brandenburg, Bayern und im Saarland sind keine Landesaktionspläne geplant.

Der Fokus der vorliegenden Übersicht liegt auf den Maßnahmen der unterschiedlichen Landesaktionspläne, die sich mit Fragen der sexuellen Identität von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender, Intersexuellen und queere Menschen – LSBTTIQ* – beschäftigen. Bei der Ausarbeitung der Programme waren neben den zuständigen Ministerien zumeist Vertreter_innen der Zivilgesellschaft beteiligt.

Im Hinblick auf die Themen Bildung, Arbeit, Gesundheit, Familie, Partizipation, Kriminalität, kulturelle Präsenz sowie spezielle Probleme von Trans*- und Inter* wurden die Maßnahmen der Landesaktionspläne aus Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz ausgewertet. Hinzugezogen wurden die Ergebnisse der Runden Tische in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt.

Die aufgeführten Maßnahmen sind im Wortlaut aus den Plänen entnommen und an diejenigen Stellen im Sinne einer Synopse gegenüber gestellt worden, wo sie inhaltlich ähnlich sind. Vollständigkeit wurde angestrebt, für Fehlerfreiheit kann dennoch keine Garantie gegeben werden.

Zusammengestellt von der Change Centre Foundation

Die Change Centre Foundation ist eine gemeinnützige und unabhängige Wissenschaftsstiftung mit Sitz in Meerbusch. Ihr Zweck ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung im Bereich gesellschaftlichen Wandels sowie der Innovation und Transformation von Organisationen und Institutionen. Die Stiftung will den Austausch und Transfer von Erkenntnissen zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis fördern. Dazu realisiert sie eigene Forschungsprojekte und Studien, deren Ergebnisse zusammen mit Entscheider_innen und Öffentlichkeit diskutiert werden.

Mit dem Bereich Diversity beschäftigt sich die Change Centre Stiftung, da es sich um ein grundlegendes Veränderungsthema handelt, das alle Verhaltens- und Akteursebenen betrifft: Wissen und Wert-Einstellungen einzelner Bürger_innen wandeln sich hin zur Akzeptanz von Vielfalt; gleichzeitig vollzieht sich ein Wandel auch innerhalb klassischer Organisationen wie Arbeitgeber_innen, Verwaltung und Verbänden; neue Akteure wie queere NGOs setzen politische Forderungen auf die Agenda; und schließlich schlägt sich der Wertewandel in der staatlichen Gesetzgebung und Rechtsprechung nieder – in teilweise parallelen Entwicklungen und unterschiedlicher Geschwindigkeit. Faktoren, die diese Prozesse antreiben, bremsen, stärker zu Akzeptanz und Wertschätzung von Vielfalt oder lediglich zu tolerierter Diversity (auch in anderen Bereichen und in Wechselwirkungen bspw. mit ethnischer und religiöser Vielfalt) führen, stehen im Mittelpunkt des Stiftungsinteresses.

Transparenz-Hinweis

Die Change Centre Consulting GmbH hat im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung an der Erstellung des Landesaktionsplans zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen des Freistaats Sachsen mitgewirkt (erscheint voraussichtlich im März 2016).

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|------|--|-------|
| 1. | Übersicht über die Aktionspläne der einzelnen Bundesländer | |
| 2. | Übersicht der Maßnahmen der Aktionspläne nach Handlungsfeldern | |
| 2.1. | Arbeit | S. 07 |
| 2.2. | Bildung | S. 11 |
| 2.3. | Familie | S. 23 |
| 2.4. | Gesundheit | S. 33 |
| 2.5. | Kriminalität | S. 42 |
| 2.6. | Kulturelle Präsenz | S. 59 |
| 2.7. | Partizipation | S. 67 |
| 2.8. | Inter- und Transsexualität | S. 71 |

Übersicht über die Aktionspläne der einzelnen Bundesländer

| Bundesland | Name des Plans | Wann? | Wie? | Evaluiert? |
|-------------------|---|---------------|---------------------|---------------|
| Baden-Württemberg | Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“ | 2015 | Beteiligungsprozess | Keine Angabe |
| Bayern | | Nicht geplant | Nicht geplant | Nicht geplant |
| Berlin | Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt | 2010 | Beteiligungsprozess | Ja |
| Brandenburg | Verschiedene Maßnahmen, aber kein Landesaktionsplan, Koalitionsvertrag: „Die Koalition unterstützt die Aufklärungsarbeit zur Toleranz und zum Respekt gegenüber sexueller Vielfalt insbesondere in den Bildungseinrichtungen, um damit die Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen abzubauen und ihre Akzeptanz zu stärken.“ (2014) | Keine Angabe | Keine Angabe | Keine Angabe |
| Bremen | Aktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie für das Land Bremen. Auf Diskriminierung entschlossen reagieren! | 2015 | Beteiligungsprozess | Keine Angabe |
| Hamburg | Koalitionsvertrag: „Die Koalitionspartner werden Akzeptanz und Anerkennung der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt fördern. Dafür wird ein entsprechender Aktionsplan auf den Weg gebracht werden.“ (2015) | Keine Angabe | Keine Angabe | Keine Angabe |
| Hessen | Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt Koalitionsvertrag: „Auf der Grundlage des bisher eingeschlagenen Weges und des 2014 erfolgenden Beitritts zur ‚Koalition gegen Diskriminierung‘ werden wir zusammen mit den Selbstvertretungsorganisationen der Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen einen ‚Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt‘ erarbeiten.“ (Dez 2013, soll im Sommer 2015 ins Kabinett eingebracht werden) | Keine Angabe | Beteiligungsprozess | Keine Angabe |

| Bundesland | Name des Plans | Wann? | Wie? | Evaluiert? |
|------------------------|---|--------------------------|---------------------|--------------|
| Mecklenburg-Vorpommern | Landesaktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und gleichgeschlechtlicher Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern | Dezember 2015 | Beteiligungsprozess | keine Angabe |
| Niedersachsen | Gemeinsam für Vielfalt in Niedersachsen Koalitionsvertrag: „mit Kooperationspartnern eine landesweite Kampagne gegen Homophobie erarbeiten“ | 2015 | Beteiligungsprozess | keine Angabe |
| Nordrhein-Westfalen | NRW-Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt – gegen Homo- und Transphobie | 2012 | Beteiligungsprozess | Ja |
| Rheinland-Pfalz | Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen - Akzeptanz für queere Lebensweisen“ | Januar 2013 | Beteiligungsprozess | Ja |
| Saarland | Verschiedene Maßnahmen gestartet, ein Landesaktionsplan ist nicht in Planung | | | |
| Sachsen | Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen in Sachsen | Januar 2016 | Beteiligungsprozess | keine Angabe |
| Sachsen-Anhalt | Gesamtgesellschaftlicher Aktionsplan für Akzeptanz von Lesben und Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Intersexuellen (LSBTI) und gegen Homo- und Transphobie in Sachsen-Anhalt | keine Angabe | Runder Tisch | keine Angabe |
| Schleswig-Holstein | „Echte Vielfalt“ - Aktionsplan für Akzeptanz vielfältiger sexueller Identitäten“ | Juli 2014 (nicht online) | Beteiligungsprozess | keine Angabe |
| Thüringen | Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt Koalitionsvertrag: „die Entwicklung eines Landesprogramms für Akzeptanz und Vielfalt, das in einem gleichberechtigten Dialog von Vereinen und Initiativen aus dem LSBTI-Bereich einerseits und dem Land sowie den Kommunen andererseits Maßnahmen zur Überwindung diskriminierender Regelungen und Verfahren beschreibt“ | Auftakt für 2015 geplant | Beteiligungsprozess | keine Angabe |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|---|---|---|
| Privatwirtschaft | | |
| <p>In der Privatwirtschaft werden LSBTTIQ* gleich behandelt und Diversity als gewinnbringend herausgestellt</p> | <p>„Die Landesregierung setzt sich in Zusammenarbeit mit den Kammern dafür ein, Betriebe über die Vorteile und die Umsetzung von einem Diversity Management zu informieren. Die Kammern sollen ihre Funktion als Kompetenzzentren zur Verhinderung von Diskriminierungen weiter ausbauen. Das MFW plant in Zusammenarbeit mit den Kammern und Wirtschaftsorganisationen, im Anschluss an den Diversity Kongress 2014, weitere Informationsangebote für kleine und mittlere Unternehmen zum Thema Diversity Management.“</p> <p>„Die Landesregierung solle darauf hinwirken, dass in Unternehmen und im öffentlichen Dienst verbindliche Diversity-Strategien mit Antidiskriminierungsrichtlinien eingeführt werden, die auch bindend umgesetzt und gelebt werden müssten. Dazu gehöre das Aufzeigen des Mehrwertes von akzeptierter sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in der Praxis. Solch eine Praxis würde Comingout-Prozesse fördern und dem Verschweigen der sexuellen und geschlechtlichen Identität entgegenwirken. Intergeschlechtliche Menschen müssten gleiche Karrierechancen wie ihre heterosexuellen Kolleg_innen* haben.“</p> <p>„Über die Mitwirkung in der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP) wird die Staatskanzlei auf die Bedeutung der Charta der Vielfalt und der Akzeptanz von Vielfalt und Diskriminierungsschutz für den Unternehmenserfolg Hinweisen.“</p> <p>„Gespräche mit der Gewerbeaufsicht zur dauerhaften Sensibilisierung für LSBTTI in Betrieben führen.“</p> <p>„Pilotprojekt „Anonymisiertes Bewerbungsverfahren“ gemeinsam mit der Landesregierung, Kommunen, Behörden und Unternehmen umsetzen.“</p> <p>„Grundsätze von Diversity Management sollen insbesondere bei Reden und Veröffentlichungen des MWKEL stärker kommuniziert werden.“</p> | <p><i>Baden-Württemberg Niedersachsen Rheinland-Pfalz</i></p> |
| | <p>„Die Landesregierung solle darauf hinwirken, Mobbing- und Gleichstellungsbeauftragte in größeren Unternehmen einzusetzen, die regelmäßig an Schulungen zu LSBTI*-Themen teilnehmen müssten. Gleichzeitig solle in Unternehmen und in Behörden eine Beschwerdestelle eingeführt werden, um sich anonym oder offen über Beleidigungen und Mobbing aufgrund der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität beschweren zu können.“</p> | <p><i>Niedersachsen</i></p> |
| | <p>„Zusammen mit den Industrie- und Handelskammern sollen berufliche Schulungen in Diversity angeboten werden.“</p> | <p><i>Niedersachsen</i></p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|------|---|---|
| | „Den Betrieben sollte eine Einheit in Diversity angeboten werden, die sie mit allen Kolleg_innen und Auszubildenden nutzen können.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Die Landesregierung solle darauf hinwirken, dass in Unternehmen und im öffentlichen Dienst verbindliche Diversity-Strategien mit Antidiskriminierungsrichtlinien eingeführt werden, die auch bindend umgesetzt und gelebt werden müssten. Dazu gehöre das Aufzeigen des Mehrwertes von akzeptierter sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in der Praxis. Solch eine Praxis würde Comingout-Prozesse fördern und dem Verschweigen der sexuellen und geschlechtlichen Identität entgegenwirken. Trans*menschen müssen gleiche Karrierechancen wie ihre heterosexuellen Kolleg_innen* haben.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Für Unternehmen, die Diversity fördern, werden Auszeichnungen gewünscht.“ „Angeregt wird ein Qualitätssiegel der Vielfalt für Ämter, Firmen, Vereine usw. zur Sensibilisierung, Kompetenzstärkung und dem Abbau von Vorurteilen.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Spezifische Arbeitskreise, z.B. im Beratungs- und sozialem Bereich, sollten gefördert Werden.“ „Fortbildungsangebote zum Thema Vielfalt entwickeln.“ „Workshop für interessierte Träger von Arbeitsmarktförderprogrammen zum Thema LSBTTI.“ „Die Landesregierung regt an, dass Gewerkschaften und externe Träger von Arbeitsmarktförderprogrammen Weiterbildungsangebote zum Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt entwickeln.“ | <i>Niedersachsen</i> <i>Rheinland-Pfalz</i> <i>Mecklenburg-Vorpommern</i> |
| | „In die beruflichen Ausbildungen sollen lesbische und queere Inhalte integriert werden. Ein feststehender Lehrinhalt sollte dies ganz besonders in jenen Feldern sein, die mit lesbischem Leben zu tun haben. Ausdrücklich sind hier genannt die universitäre Ausbildung (für Recht usw.), Berufsschulen, der medizinische Bereich, Erzieherinnen, Sozialarbeit.“ „Berücksichtigung des Themas LSBTTI bei Fortbildungen (ESF-Schulungen und Jahrestagung) in Zusammenarbeit mit Arbeitsmarktförderprogrammen.“ „Sensibilisierung der Kammern bzgl. des Themas LSBTTI im Rahmen der Qualifizierung von Ausbilder_innen.“ | <i>Niedersachsen</i> <i>Rheinland-Pfalz</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|------|--|--|
| | <p>„Dringend werden Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung hinsichtlich queerem – und auch ausdrücklich lesbischem – Leben gewünscht. Wer beruflich mit lesbischem Leben zu tun hat, sollte ein Angebot zur Qualifizierung kennen.“</p> <p>„Es sollten Stellen im queeren Emanzipationsbereich geschaffen werden, um das Ehrenamt nicht zu überlasten.“</p> <p>„Information an Träger von Arbeitsmarktförderprogrammen in der über die Thematik LSBTTI aufgeklärt wird.“</p> <p>„Workshop für interessierte Träger von Arbeitsmarktförderprogrammen zum Thema LSBTTI.“</p> | <p>Niedersachsen Rheinland-Pfalz</p> |
| | <p>„Es wird eine Kampagne gewünscht, mit der Frauen ermutigt werden, technische Berufe bzw. sog. „Männerberufe“ zu ergreifen. Es ist wichtig, dass Frauen finanziell nicht auf einen Mann als Ernährer angewiesen sind.“</p> | <p>Niedersachsen</p> |
| | <p>„Empfohlen wird eine Neubewertung, Aufwertung und tarifliche Neuordnung von klassischen Frauenberufen, so dass die unterschiedliche Bezahlung in der Erwerbstätigkeit wegen des Geschlechts (Gender Pay Gap) endet. Hierbei geht es um die Existenzsicherung, das muss ganz dringend neu bewertet werden. Dazu gehört auch der Abschied vom Prinzip des männlichen Ernährers. Das Land möge hierfür eintreten, z.B. gegenüber Gewerkschaften.“</p> | <p>Niedersachsen</p> |
| | <p>„Dringend wird auch empfohlen, den Mindestlohn auszubauen. Auch das bedingungslose Grundeinkommen wird genannt.“</p> | <p>Niedersachsen</p> |
| | <p>„Es wird dazu geraten, geschlechtsspezifische Ungleichheiten wenigstens bezüglich der Renten zu mildern: Das Land solle eine steuerfinanzierte Zusatzrente für Frauen einrichten, mit Blick auf Frauen in ‚typischen Frauenberufen‘.“</p> | <p>Niedersachsen</p> |
| | <p>„Mehr Maßnahmen gegen die „gläsernen Decken“ werden gewünscht. Kampagnen wie die zum Equal Pay Day werden als zu schwach eingeschätzt.“</p> | <p>Niedersachsen</p> |
| | <p>„Zur Aufwertung des sozialen Bereichs wird empfohlen, das Teilzeit- und Befristungsgesetz abzuschaffen.“</p> | <p>Niedersachsen</p> |
| | <p>„Ein Vorschlag ist auch, eine Lesbenquote einzuführen.“</p> | <p>Niedersachsen</p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|------|--|----------------------|
| | „Vorgeschlagen wird ebenfalls eine Frauenquote – bzw. für Führungspositionen keine Frauenquote einzuführen, sondern Frauen bevorzugt einzustellen und festzulegen, dass der Anteil der Männer 30% nicht übersteigen dürfe.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Hinsichtlich der Zulassungspraxis für Psychotherapeut_innen* solle die Landesregierung darauf hinwirken, dass eine qualifizierte Sensibilisierung potentiell involvierter Therapeut_innen* erfolge und die Eignung von entsprechenden Therapeut_innen* kontrolliert werde. Das Ministerium sollte diskriminierende Behandler_innen* kennen und ahnden.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Es wird erwartet, dass die Universitäten nicht, wie bisher allzu oft üblich, die Erforschung lesbischer Themen mit dem Ende der Karriere gleichsetzen.“ | <i>Niedersachsen</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|---|---|-------------------------------|
| Schule | | |
| Förderung von Akzeptanz sexueller Vielfalt in der Schule/Kindergarten | „Der Senat von Berlin evaluiert die Praxis fächerübergreifender Unterrichtung des Themas Sexualerziehung. Dabei ist besonderes Augenmerk darauf zu legen, ob die Behandlung sexueller Vielfalt im Schulunterricht den anspruchsvollen Voraussetzungen der A V 27 (Rahmenrichtlinie zur Sexualerziehung) des Rahmenplans für Unterricht und Erziehung in der Berliner Schule tatsächlich entspricht und welche Defizite es gibt. Es sind die Ursachen für Defizite zu analysieren und Maßnahmen zu ihrer Überwindung zu entwickeln. Der Senat berichtet dem Abgeordnetenhaus bis zum 31. Dezember 2010.“ | <i>Berlin</i> |
| | „Durchführung einer Studie zur aktuellen Situation von LSBTI-Schüler_innen in Bremen sowie zum Stand der Antidiskriminierungsarbeit im Bereich sexuelle und geschlechtliche Vielfalt an Bremer Schulen und in der schulischen Aus- und Fortbildung.“ | <i>Bremen</i> |
| | „Eine Befragung von Lehrkräften an allgemein- und Berufsbildenden Schulen soll Auskunft darüber geben, inwieweit das Themenfeld im Unterricht einbezogen wird und im Schulalltag eine Rolle spielt, worin Defizite bestehen und Ursachen für ein eventuelles Umgehen bzw. Weglassen im Unterricht aufzeigen. Aus den Defiziten sind Schlussfolgerungen für weitere Initiativen zu ziehen.“ | <i>Sachsen-Anhalt</i> |
| | „Lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Lehrkräfte an Bremer Schulen zu einem offenen Umgang mit ihrer Lebensweise ermutigen (Vorbildfunktion).“ | <i>Bremen</i> |
| | „In den Bestand der Schulbibliotheken sollen geeignete Sachbücher und Belletristik aufgenommen werden.“ | <i>Sachsen-Anhalt</i> |
| | „An den Universitäten sollten lesbische Inhalte sichtbar werden. Bisher seien sie dort weitgehend abwesend. Wenn in der Lehre überhaupt über Homosexualität gesprochen werde, sei dies fast ausschließlich männliche Homosexualität. Grundsätzlich sollte sich das Normbild von Cisheterosexualität wegbewegen. Stattdessen sollte Diversität beleuchtet und gleichberechtigt behandelt werden. Verpflichtende Veranstaltungen zur Vielfalt sollten in diversen Fächern angeboten werden, vor allem für Jura, Pädagogik, Medizin, Theologie und Psychologie sowie generell fürs Lehramt.“ | <i>Mecklenburg-Vorpommern</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|------|--|-------------------------------|
| | „Sexuelle und geschlechtliche Identität und Diversity werden als Merkmale in den Orientierungsrahmen Schulqualität aufgenommen.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Die Geschichte der Frauen-, Lesben- und Schwulenbewegung ist auch Berliner Geschichte. In unserer Stadt gibt es Orte und Einrichtungen, die dem Ausdruck verleihen oder dies dokumentieren. Sie machen die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt auch im Stadtbild sichtbar, sind Informationspunkte für die Berlinerinnen und Berliner, Anlaufstellen für Jugendgruppen und Schulklassen oder schlicht für Besucherinnen und Besucher Berlins. Die Sichtbarkeit dieser Tradition, aber auch die Pflege ihres Erbes, ist auch Aufgabe der Stadtpolitik. Der Senat wird ermuntert, die Unterstützung und Förderung solcher Einrichtungen weiterhin zu betreiben und dieses Engagement zu intensivieren.“ | <i>Berlin</i> |
| | „Angebote für Fort- und Weiterbildung zum Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt für sozialpädagogische Fachkräfte (Fachkräfte der Jugendarbeit, stationären Jugendhilfeeinrichtungen, Kitas und so weiter) und Beratungsfachkräfte.“ | <i>Mecklenburg-Vorpommern</i> |
| | „Sensibilisierung der familienunterstützenden Einrichtungen und Familienbildungseinrichtungen zum Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt und Regenbogenfamilien (zum Beispiel Aufnahme des Themas in Elternkursprogramme).“ | <i>Mecklenburg-Vorpommern</i> |
| | „Der Prozess einer landesweiten Bildungsoffensive wäre unmittelbar mit weiteren Herausforderungen im Blick auf die gesellschaftliche Entwicklung hin zu mehr Solidarität verknüpft, wie sie zum Beispiel die mangelnde Inklusion behinderter Menschen, die Feindseligkeit gegenüber Fremden, die zunehmende Kluft zwischen Armen und Reichen oder das Stadt-Land-Gefälle darstellen.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Verbesserung der Rahmenbedingungen für LSBTI - Schüler/ Schülerinnen und Angehörige.“ „Förderung von Projekten zum Abbau von Diskriminierung aufgrund geschlechtlicher und sexueller Orientierung und für einen respektvollen Umgang an Bremer Schulen.“ | <i>Bremen</i> |
| | „Durchführung einer Studie zur aktuellen Situation von LSBTI-Schüler_innen in Bremen sowie zum Stand der Antidiskriminierungsarbeit im Bereich sexuelle und geschlechtliche Vielfalt an Bremer Schulen und in der schulischen Aus- und Fortbildung.“ | <i>Bremen</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|--|--|--------------------------------------|
| | <p>„Bei der geplanten Fortschreibung des Bildungsprogramms für Kindertageseinrichtungen „Bildung: elementar - Bildung von Anfang an“ soll auch das Themenfeld „Vielfalt der Lebens- und Familienformen (einschließlich gleichgeschlechtliche Liebe)“ aufgenommen werden. - In den Programmen und Konzepten für das entstehende „Zentrum Frühkindliche Bildung“ an der Hochschule Magdeburg-Stendal soll das Themenfeld „Vielfalt der Lebens- und Familienformen (einschließlich gleichgeschlechtliche Liebe)“ berücksichtigt werden.“</p> | <p><i>Sachsen-Anhalt</i></p> |
| <p>Angebote für Eltern- und Schülerberatung ausbauen</p> | <p>„In den Unterricht aller Grundschulen soll die Einbeziehung der Thematik „Vielfalt der Lebens- und Familienformen (einschließlich gleichgeschlechtliche Liebe)“ erfolgen. Hierzu werden den Grundschulen geeignete Medien (vor allem Kinderbücher) zur Verfügung gestellt.“</p> | <p><i>Sachsen-Anhalt</i></p> |
| | <p>„Fortbildungen, Inhouse-Schulungen, Fachveranstaltungen oder Fachtagungen, Fachberatungen, Workshops, Qualifizierungsbausteine sowie themenspezifische Module innerhalb bestehender Qualifizierungsangebote.“</p> | <p><i>Baden-Württemberg</i></p> |
| | <p>„Das Projekt „Schule ohne Homophobie – Schule der Vielfalt“ hat die Aufgabe, über das Thema „Abbau von Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung“ zu informieren, um insbesondere einer homophoben Einstellung von Mitschülerinnen und Mitschülern sowie Lehrkräften vorzubeugen bzw. entgegenzutreten. Ziel des Projekts ist es, ein Schulklima zu gestalten, in dem Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte sich ohne Homophobie den schulischen Alltag gestalten können. Das Projekt wird im Rahmen einer auf drei Jahre befristeten Kooperationsvereinbarung durchgeführt. Kooperationspartner sind das Ministerium für Schule und Weiterbildung sowie die beiden Vereine Rosa Strippe e.V. und Sozialwerk für Schwule und Lesben e.V.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen</i></p> |
| | <p>„Prüfung bestehender Wettbewerbe und Qualitätssiegel (zum Beispiel „Schule ohne Rassismus“) auf Einbeziehung der Anerkennung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und Selbstbestimmung.“</p> | <p><i>Mecklenburg-Vorpommern</i></p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|------|--|--|
| | <p>„Um die gesamte Arbeit von SchLAu in NRW zu koordinieren und zu bündeln, wurde eine hauptamtliche Koordinierungsstelle für SchLAu NRW eingerichtet. Auf diese Weise kann die Arbeit von SchLAu NRW zur Akzeptanz von LSBTT auch in den Schulen effizienter und umfassender eingesetzt werden.“</p> <p>„Durchführung von Schwul-lesbischen Schulaufklärungsprojekten (SchLAu).“</p> <p>„Die Landesregierung solle darauf hinwirken, dass ein dem SchLAu-Projekt vergleichbares Angebot zur Inter*-Aufklärung entwickelt wird und (auch in ländlichen Regionen) an Schulen, in der Jugendarbeit und in weiteren Bildungseinrichtungen und für interessierte Fachkreise wie z. B. Lehrer_innen* und Sozialpädagog_innen* stattfindet. Zudem solle der Bekanntheitsgrad der SchLAu-Projekte gesteigert werden. Dafür müssen die finanziellen Mittel erhöht und die Strukturen weiter professionalisiert werden, um den erhöhten logistischen, konzeptionellen und personellen Aufwand bewältigen zu können. Die Akzeptanz von LSBTTI* lasse sich am besten über den persönlichen Kontakt und über persönliche Erfahrungsberichte (Peer- Ansatz) fördern und würde bei Schüler_innen* Ängste vor einem Comingout nehmen.“</p> <p>„Etliche Empfehlungen legen eine Einbeziehung der ehrenamtlichen Schulaufklärungsprojekte (SchLAu) in die schulische Aufklärung nahe. Es könnte den Schulen vorgeschrieben werden, solche Angebote wahrzunehmen.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen</i> <i>Rheinland-Pfalz</i> <i>Niedersachsen</i></p> |
| | <p>„Es ist zu gewährleisten, dass die Berliner pädagogischen Einrichtungen über ausreichend zielgruppenspezifisches Informationsmaterial zum Thema sexuelle Vielfalt verfügen und dieses den Kindern, Jugendlichen und Eltern/Sorgeberechtigten auch in geeigneter Form und niedrigschwellig zur Verfügung gestellt wird.“</p> <p>„Informationsmaterial zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt für Kinder und Jugendliche sowie deren Angehörige.“</p> <p>„In einer Veröffentlichung im Schulverwaltungsblatt sollen neben einer inhaltlichen Grundlegung auch qualifizierte schulexterne Bildungsangebote zum Themenfeld bzw. zur Verfügung stehende Medien/Materialien vorgestellt und empfohlen werden. - Schulen und Jugendeinrichtungen sollen über ausreichend Informationsmaterial zur Thematik verfügen. Dieses wird den Jugendlichen und Eltern in geeigneter, niedrigschwelliger Form zur Verfügung gestellt.“</p> | <p><i>Berlin</i> <i>Bremen</i> <i>Rheinland-Pfalz</i> <i>Niedersachsen</i> <i>Sachsen-Anhalt</i></p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|------|--|--|
| | <p>„Es ist bis zum Ende des Schuljahres 2009/2010 sicherzustellen, dass an jeder Berliner Schule eine Lehrkraft als Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner für sexuelle Vielfalt mit entsprechender Qualifikation zur Verfügung steht. Die Aufgabe dieser Lehrkraft besteht einerseits darin, Schülerinnen und Schülern Unterstützung und Hilfe bei der Suche nach der eigenen Sexualität (Identitätsfindung, aber auch bei Fällen von Mobbing) zu geben, für ein offenes und diskriminierungsfreies Klima in der Schule zu wirken, aber auch als Ansprechpartnerin oder -partner für zivilgesellschaftliche Akteure im Berliner Netzwerk der Initiativen zur Verfügung zu stehen. Sie soll auch darauf achten, dass die A V 27 im Rahmen der Schulpraxis Beachtung findet. Der Senat berichtet dem Abgeordnetenhaus bis zum 31. Dezember 2010.“</p> <p>„Maßgeblich für die Hilfe und Unterstützung bei Konfliktlösungen in der Schule ist die Qualifizierung von Ansprechpersonen in den einzelnen Schulen selbst. In einem ersten Schritt werden daher Lehrkräfte, evtl. Beratungslehrkräfte, entsprechend sensibilisiert und qualifiziert, um als Ansprechpersonen für Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern bei Konfliktlösungen zur Verfügung zu stehen.“</p> | <p><i>Berlin Nordrhein- Westfalen Baden- Württemberg</i></p> |
| | <p>"Sofern sich dies an der Schule gefestigt hat, wird in einem zweiten Schritt überlegt, ob und wie Schülerinnen und Schüler im Sinne von Peergroup-Education qualifiziert werden können. Strukturell sollte eine Anbindung an bestehende Konfliktlösungsprogramme geprüft werden. Derzeit gibt es noch keine einheitlichen Qualifizierungsmodule, entsprechende Entwicklungen werden jedoch gefördert.“</p> <p>„Qualifizierung von Schulpsycholog_innen.“</p> <p>„Ggf. zur Verfügung stellen einer Handreichung für Schulpsycholog_innen, Beratungslehrkräfte und Präventionsbeauftragte.“</p> | <p><i>Berlin Nordrhein- Westfalen Baden- Württemberg</i></p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|--|---|--|
| | <p>„Der Senat von Berlin entwickelt gemeinsam mit Schulen und zivilgesellschaftlichen Trägern ein Best-Practice-Leitbild für die Schule, in der sich in vorbildlicher Weise dem offenen Umgang mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen bzw. Identitäten gewidmet, homo- und transphoben Einstellungen und Verhaltensweisen (Mobbing) mit Auseinandersetzung begegnet wird. Mit der Entwicklung dieses Leitbildes werden Anreize verbunden, die die Schulen zur Auseinandersetzung mit dem Schulklima (Schülerinnen und Schüler, Lehr- und Schulpersonal, Elternschaft) in Hinblick auf sexuelle Vielfalt anregen. Es ist zu prüfen, inwieweit der Umgang mit sexueller Vielfalt an der Schule zum verbindlichen Gegenstand des Schulprofils gemacht und im Rahmen der Schulaufsicht und der Schulinspektion die Praxis der Umsetzung als wichtiges Element des Schulklimas auch bewertet werden kann. In ähnlicher Form ist sicherzustellen, dass Jugendhilfeeinrichtungen und -maßnahmen im Rahmen ihrer Konzeptionen durchgehend der Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt Rechnung tragen. Der Senat berichtet dem Abgeordnetenhaus bis zum 31. Dezember 2010.“</p> | <p><i>Berlin</i></p> |
| <p>Sensibilisierungen und Fortbildungen für Lehrkräfte</p> | <p>„Gespräche mit dem Volkshochschulverband Mecklenburg-Vorpommern und durch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern anerkannten Trägern der allgemeinen und politischen Weiterbildung zur Umsetzung von LSBT* I-Themen.“</p> | <p><i>Mecklenburg-Vorpommern</i></p> |
| | <p>„Informationsmaterial zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt für Kinder und Jugendliche sowie deren Angehörige.“</p> | <p><i>Bremen</i></p> |
| | <p>„Bildungsserver um Informationen zu den Themen Trans* und Inter* sowie Verweis auf Materialien und Beratungsstellen ergänzen.“ „Prüfung zur Aufnahme der LSBT*I-Thematik auf dem Bildungsserver.“</p> | <p><i>Rheinland-Pfalz Mecklenburg-Vorpommern</i></p> |
| | <p>„Der Senat von Berlin wirkt daraufhin, dass die Lehrkräfte sowie die Pädagoginnen und Pädagogen im Rahmen von Ausbildung, Studium und Vorbereitungsdienst in Berlin verbindlich zum pädagogischen Umgang mit sexueller Vielfalt und Diversity befähigt werden. Es ist zu analysieren, weshalb das Feld bislang in der Ausbildung eine randständige Rolle spielt, und es sind Maßnahmen zu ergreifen, die diesem Zustand abhelfen. Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Dezember 2010 zu berichten.“</p> | <p><i>Berlin</i></p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|--|--|--|
| | <p>„Verantwortliche Schlüsselpersonen aus diesen Bereichen (Ministerien, LISA, Universitäten Halle und Magdeburg, Fachschulen, Staatliche Seminare, Fachmoderator_innen, Landesjugendamt, kommunale Jugendämter, Landessportbund, Kreis- und Stadtsportbünde) werden informiert und zu diesem Themenfeld geschult. - Im Rahmen der staatlichen landesweiten und regionalen Lehrerfortbildung ist kontinuierlich je eine Fortbildung zum Themenfeld „Sexuelle Identität“ für den Bereich Grundschule bzw. Sekundarstufe 1 anzubieten. - Im Rahmen der Fortbildung bieten das Landesjugendamt bzw. Träger der freien Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe sowie Kreis- und Stadtsportbünde kontinuierlich Fortbildungen zum Themenfeld „Sexuelle Identität“ für Mitarbeiter_innen an. - Im Rahmen des Fortbildungsangebotes für Schulsozialarbeiter_innen bieten die Netzwerkstellen für Schulerfolg in den Landkreisen jeweils eine Fortbildung zum Themenfeld an.“</p> | <p><i>Sachsen-Anhalt</i></p> |
| | <p>„Fortbildungsangebote für Lehrkräfte verschiedener Fachbereiche (Biologie, Gesellschaftslehre, Religion) zum Thema LSBTTI.“ „Fortbildung für Vertrauenslehrkräfte zum Thema LSBTTI.“ „Lehrerfortbildungsreihe zum Thema Sexualerziehung an der Schule.“</p> | <p><i>Rheinland-Pfalz</i></p> |
| | <p>„Bei der Akkreditierung von Modulen werden für Lehrerinnen und Lehrer ausbildende Studiengänge LSBTTI-/Diversity-Module in den Blick genommen.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen</i></p> |
| | <p>„Institut für Lehrgesundheit bei der Universitätsmedizin Mainz im Rahmen der arbeitsmedizinischen Betreuung als Ansprechpartner zur Unterstützung von Lehrkräften zum Thema LSBTTI nutzen.“</p> | <p><i>Rheinland-Pfalz</i></p> |
| <p>LSBTTIQ*-Thematik in den Lehrplan integrieren</p> | <p>„Modulares Fortbildungskonzept für Lehrkräfte in Kooperation mit der LZG und QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. weiterentwickeln.“ „Fortbildungsangebote des Institutes für Qualitätsentwicklung Mecklenburg-Vorpommern (IQ M-V) für Lehrerinnen und Lehrer zu vorurteilsbewusster Bildung und Erziehung im Rahmen von Sexualerziehung unter Berücksichtigung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und Selbstbestimmung sowie Schutz vor sexualisierter Gewalt.“</p> | <p><i>Rheinland-Pfalz</i> <i>Mecklenburg-Vorpommern</i></p> |
| | <p>„Sensibilisierung der Schulen für die Berücksichtigung von LSBT*I im Schulprogramm im Zusammenhang mit der Umsetzung des allgemeinen Diskriminierungsverbots.“</p> | <p><i>Mecklenburg-Vorpommern</i></p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|------|--|--|
| | <p>„Eine Handreichung für Lehrkräfte zum Thema „Sexuelle Identität“ soll erstellt und allen Schulen zur Verfügung gestellt werden. Eine Orientierung könnte die Handreichung für Lehrkräfte aus dem Land Berlin sein, welche 2012 in aktualisierter und überarbeiteter Fassung erscheint.“</p> <p>„Aktualisierung der Handreichung für Lehrerinnen und Lehrer zur Sexualerziehung für die Klassenstufen 5 - 13 unter anderem auch zur sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt und Selbstbestimmung.“</p> | <p><i>Sachsen-Anhalt Mecklenburg-Vorpommern</i></p> |
| | <p>„Weiterentwicklung der Lehrkräfteaus- und Fortbildung: Sensibilisierung und Qualifizierung der Lehrkräfte zu Themen der geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung (LSBTTIQ).“</p> <p>„Modulentwicklung für die Ausbildung von Fachkräften in Kindertageseinrichtungen sowie von Referendaren zu sexualisierter Gewalt und vorurteilsbewusster Bildung und Erziehung in Fragen der sexuellen Selbstbestimmung.“</p> <p>„Erarbeitung eines Fortbildungsangebots für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (zum Beispiel Vertrauenslehrkräfte, Krisenteams an Schulen, Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter, Schulleitungslehrkräfte) zur Gewaltprävention im Zusammenhang mit LSBT*I, Selbstbestimmung und sexuellem Missbrauch.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen Mecklenburg-Vorpommern</i></p> |
| | <p>„Die Landesregierung soll darauf hinwirken, die Thematisierung von Gendervielfalt, Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten und deren Lebensformen bereits in jungen Jahren in Erziehungs- und Bildungseinrichtungen verbindlich zu machen und dies in die Lehr- und Bildungspläne aufzunehmen. Individualität und Authentizität sollten bereits in der Kindheit Beachtung finden LSBTI*-Themen sollten in unterschiedlichen Fächern behandelt werden und in unterschiedlichen Lehrbüchern auftauchen. Sie sollten unvoreingenommen, anschaulich und orientiert an den Lebenswelten in die Unterrichtsbelange integriert werden. Darin liege für viele eine große Hoffnung, möglichen Diskriminierungen frühzeitig entgegenzuwirken und das gesellschaftliche Klima in punkto vielfältiger Lebensweisen offener zu gestalten. Es werde erwartet, dass sich die Landesregierung klar gegenüber gesellschaftlichen Gruppen und Bewegungen positioniert, die dies verhindern wollen.“</p> <p>„Das Ministerium für Schule und Weiterbildung nimmt unter Bezugnahme auf § 33 SchulG Abschnitt 5.4 Einfluss auf alle neu zu erarbeitenden Lehrpläne um entsprechende Kompetenzerwartungen zu integrieren. In einem Teil der neuen Kernlehrpläne für Hauptschulen, Realschulen und Gesamtschulen ist eine diesbezügliche Kompetenzerwartung bereits aufgenommen bzw. vorgesehen.“</p> | <p><i>Niedersachsen Nordrhein-Westfalen Sachsen-Anhalt</i></p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|----------------------------------|--|--|
| | <p>„Das Themenfeld „Sexuelle Identität“ soll als verbindlicher Unterrichtsbestandteil in folgende Rahmenrichtlinien der Unterrichtsfächer aufgenommen werden: Sach- und Ethikunterricht Grundschule, Ethik Gymnasium, Biologie Sekundarschule, Religionsunterricht Sekundarschule, Berufsbildende Schulen für Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsberufe. - In jedem anderen Fach, wie z.B. Geschichte, Deutsch und Mathematik soll das Thema auch Berücksichtigung finden. Der Erlass zur schulischen Sexualerziehung soll unter anderem dahin gehend überarbeitet werden, dass das Themenfeld „Sexuelle Identität“ verbindlich in all seiner Komplexität darin ausgeführt und neben schulinternen auch qualifizierte schulexterne Angebote empfohlen werden.“</p> | |
| | <p>„In der Schule sollte Akzeptanz der Vielfalt ein Erziehungsziel werden. Dies sollte nicht an das Fach Biologie gebunden sein. Das Lehrmaterial sollte Vielfalt zeigen. Es sollte ein schulisches Unterrichtsfach „Vielfalt“ geben, das nicht nur sexuelle und geschlechtliche Vielfalt meint, sondern auch Herkunft und andere Merkmale. Andere Frauen schlagen vor, dass es als Querschnittsaufgabe angelegt wird. Mehrfach wird der Wunsch formuliert, dass lesbische und auch schwule Paare, trans* Personen sowie Regenbogenfamilien quer durch alle Fächer präsent sind, z.B. in Textaufgaben in Mathematik. Das sollte in Kerncurricula festgelegt werden, die von Expertinnen überarbeitet werden. Das Thema solle nicht auf den sexuellen Aspekt reduziert werden. Vorgeschlagen wird auch, neue Rollenbilder zu vermitteln, damit Mädchen nicht weniger selbstbewusst sind als Jungen.“</p> <p>„Sexuelle und geschlechtliche Identität und Diversity als Themen in die Lehrpläne Gesellschaftslehre und Gesellschaftswissenschaft aufnehmen.“</p> <p>„Verankerung der geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung (LSBTTIQ) in den Bildungsplänen der allgemein bildenden Schulen als Teilaspekt der Leitperspektive "Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt" einschließlich der Weiterbildung der Lehrkräfte zu den neuen Bildungsplänen.“</p> | <p><i>Niedersachsen Rheinland-Pfalz Baden- Württemberg</i></p> |
| <p>Anpassung der Schulmedien</p> | <p>„Das Thema LSBTI/ Vielfalt der Lebens- und Beziehungsentwürfe in den Schulmedien berücksichtigen.“ „Die politische Diskussion über die Berücksichtigung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in den Schulmedien vorantreiben.“</p> | <p><i>Bremen</i></p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|--|--|--|
| | <p>„Zunächst werden bestehende Schulmedien hinsichtlich der Sichtbarkeit von LSBTTI-Lebensentwürfen überprüft. Auf Grundlage dieser Überprüfung werden dann die vorhandenen Medien ergänzt bzw. neue Medien zum Einsatz in Schulen erstellt. Das Ministerium für Schule und Weiterbildung übermittelt deshalb den Aktionsplan nach Verabschiedung dem Verband der Schulbuchverlage Bildungsmedien (VdS) für weitere Verlagsplanungen.“</p> <p>„In den Verleih der Pädagogischen Mediathek und Schul-Medienstellen bzw. bei emuTUBE (Medienpool des Bildungsservers Sachsen-Anhalt) sollen kontinuierlich neue, geeignete Filme sowie didaktisch-methodische Materialien aufgenommen werden.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen Sachsen-Anhalt</i></p> |
| Universität | | |
| Mitarbeiter_innen schulen | <p>„Die Landesregierung solle sich für qualifizierte Ansprechpartner_innen* für LSBTI*-Themen an Schulen und Gleichstellungsbeauftragte an allen Universitäten stark machen, die regelmäßig geschult werden. Geschult werden sollten auch pädagogisch Arbeitende in sämtlichen Lehreinrichtungen für sensibles Verhalten mit LSBTI-Schüler_innen* und für den angemessenen Umgang bei diskriminierendem Verhalten, Mobbing oder anderen Übergriffen.“</p> | <p><i>Niedersachsen</i></p> |
| Gleichstellungspolitik der Hochschulen als Arbeitgeber | <p>„Die Hochschulen erhalten in den Jahren 2012 bis 2015 die Gelegenheit, sich einem Diversity-Audit zu unterziehen, wo „sexuelle Identität“ eine von sechs zu berücksichtigenden Dimensionen ist. Ein Modellprojekt für einen wertschätzenden Umgang mit der Vielfalt sexueller Identitäten an einer Hochschule wird in diesem Rahmen Berücksichtigung finden. Hier können die Hochschulen sich entscheiden, eine Anlaufstelle wie z.B. durch Diversity-Beauftragte zu schaffen. Einige Hochschulen haben bereits Stabsstellen oder Prorektorate mit der Zuständigkeit für Diversity benannt.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen</i></p> |
| | <p>„Sensibilisierung und Information der Hochschulen und der Forschungseinrichtungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg.“</p> | <p><i>Baden-Württemberg</i></p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|---|--|----------------------------|
| LSBTIQ*-Thematik in Studiengänge, Lehrpläne und Professuren einbeziehen | „Queer Studies, die Heteronormativität kritisch hinterfragen und die Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten als gegeben annehmen, sollten fester Bestandteil auch der universitären Curricula sein. Es sollte auch eine Verknüpfung zu Studien zu anderen gesellschaftlichen Phänomenen von Marginalisierung, Ausgrenzung und Anfeindung erfolgen (z. B. Rassismusforschung, Forschung zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Armutsforschung). Auch eigene wissenschaftliche Studien zu Intergeschlechtlichkeit mit der Aufarbeitung von Inter*- und Trans*-Verfolgung in den letzten hundert Jahren (speziell zu Zeiten der NSDAP-Herrschaft) und eine umfassende Darstellung, was sich in den letzten Jahren national, aber auch international verändert habe, müssten durch das Land unterstützt werden.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „An den Universitäten sollten lesbische Inhalte sichtbar werden. Bisher seien sie dort weitgehend abwesend. Wenn in der Lehre überhaupt über Homosexualität gesprochen werde, sei dies fast ausschließlich männliche Homosexualität. Grundsätzlich sollte sich das Normbild von Cisheterosexualität wegbewegen. Stattdessen sollte Diversität beleuchtet und gleichberechtigt behandelt werden. Verpflichtende Veranstaltungen zur Vielfalt sollten in diversen Fächern angeboten werden, vor allem für Jura, Pädagogik, Medizin, Theologie und Psychologie sowie generell fürs Lehramt.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „1. Bei der Neubesetzung eines Lehrstuhls der Frauen- und Geschlechterforschung NRW wird darauf hingewirkt, LSBTTI-Themen auch als Teil des Geschlechterdiskurses zu definieren. 2. Es findet eine stärkere Berücksichtigung der Belange von LSBTTI in der Lehre statt, bezogen auf die fächerübergreifende Hochschuldidaktik. Dies erfolgt im Rahmen hochschuldidaktischer Angebote für die Lehrenden. Das Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung plant einen Workshop, der sich mit sexueller Identität als einer der von den Hochschulen zu berücksichtigenden Dimensionen von Diversity beschäftigen wird.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| Weiterbildung ermöglichen | „Auch an Universitäten soll der Kompetenzerwerb zum Themenfeld sexuelle Identität erfolgen.“ | <i>Sachsen-Anhalt</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|--|--|-----------------------------------|
| | <p>„Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales überprüft die Finanzierbarkeit folgender zentraler Aspekte: 1. Die verstärkte Integration der Diversitythematik in alle Fortbildungsveranstaltungen für Weiterbildungs- und Qualifizierungsberaterinnen und -berater, die durch die Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung (G.I.B.) im Rahmen des vom Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanzierten Förderprogramms „Bildungsscheck“ durchgeführt werden. 2. Überprüfung und gegebenenfalls Überarbeitung der Curricula der o. g. Fortbildungsangebote im Hinblick auf eine durchgängige Beachtung der Diversitythematik.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen</i></p> |
| | <p>„Alle Bildungseinrichtungen erfüllen ihre Aufgaben nach dem Weiterbildungsgesetz NRW und werden dafür vom Land gefördert. Die Nichtregierungsorganisationen konkretisieren LSBTTI-Themen für Schulungsmodulen in der Weiterbildung gegenüber dem Ministerium für Schule und Weiterbildung. Diese fließen in die Diskussionen um die Weiterentwicklung des Weiterbildungsgesetzes NRW (WbG NRW) mit ein.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen</i></p> |
| <p>Forschungsförderung, Forschungsbedarf zu LSBTTIQ*-Themen decken</p> | <p>„Auch sollte lesbische Forschung gefördert werden. Dafür sollten in verschiedenen Fachbereichen Gelder bereitgestellt werden, z.B. für Kongresse und Stipendien. Als traumhaft wird der Wunsch formuliert, wenn es einen Lehrstuhl irgendwann geben würde, zu lesbischen Themen. Vorgeschlagen wird auch eine Lesbenquote.“</p> | <p><i>Niedersachsen</i></p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|---|---|--|
| Kinder- und Jugendhilfe | | |
| <p>Kompetenzen des Fachpersonals im Bereich Kinder, Jugend und Familie im Umgang mit LSBTTIQ* stärken</p> | <p>„Das Sozialministerium wird in Zusammenarbeit mit dem Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) prüfen, wie das sozialpädagogische Fachpersonal in Jugendhilfeeinrichtungen für die spezifischen Problemlagen von LSBTTIQ-Jugendlichen geschult werden kann.“ „Fortbildungen, Inhouse-Schulungen, Fachveranstaltungen oder Fachtagungen, Fachberatungen, Workshops, Qualifizierungsbausteine sowie themenspezifische Module innerhalb bestehender Qualifizierungsangebote“ „Ebenso soll eine Weiterbildung pädagogischer Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe erfolgen. Weiterhin sollen Fortbildungen ehrenamtlicher Jugendleiter/innen erfolgen. Zusätzlich sollen die JuleiCa-Ausbildungsstandards im Bereich sexuelle Vielfalt überprüft werden.“</p> <p>„Angebote für Fort- und Weiterbildung zum Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt für sozialpädagogische Fachkräfte (Fachkräfte der Jugendarbeit, stationären Jugendhilfeeinrichtungen, Kitas und so weiter) und Beratungsfachkräfte“</p> <p>„Fortbildung für Fachkräfte, die mit Kindern im Grundschulalter arbeiten: "Was macht die Pädagogik, wenn die Pubertät kommt?"“</p> <p>„Sensibilisierung und Qualifizierung des Fachpersonals im Bereich Kinder, Jugend und Familie zum Thema LSBTI/ Herkunftsfamilien im Rahmen von Fachtagungen und Fortbildungsmaßnahmen.“</p> | <p><i>Baden-Württemberg Baden-Württemberg Berlin Mecklenburg-Vorpommern Bremen Rheinland-Pfalz</i></p> |
| | <p>„Im Rahmen der Fortbildung bieten das Landesjugendamt bzw. Träger der freien Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe sowie Kreis- und Stadtverbände kontinuierlich Fortbildungen zum Themenfeld „Sexuelle Identität“ für Mitarbeiter_innen an.“</p> | <p><i>Sachsen-Anhalt</i></p> |
| | <p>„Thema LSBTTI durch das Kinder- und Jugendtelefon des Kinderschutzbundes bei Fortbildungen und Fachgesprächen aufgreifen.“</p> | <p><i>Rheinland-Pfalz</i></p> |
| | <p>„Das Thema LSBTI/ Herkunftsfamilien in Ausbildungsangebote für angeheendes Fachpersonal im Bereich Kinder, Jugend und Familie einbeziehen.“</p> | <p><i>Bremen</i></p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|---|---|----------------------------|
| | „Im Bereich Bildung sowie Kinder - und Jugendhilfe sollen Fachkräfte zum Themenfeld Diversity (Alter, Geschlecht, sex. Identität, Behinderung, ethnische Zugehörigkeit, Religion, Weltanschauung, soziale Zugehörigkeit) weitergebildet und qualifiziert werden.“ | <i>Berlin</i> |
| | „Auch in Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen sollen Leitbilder entwickelt werden: Die Berücksichtigung des Themas Diversity, insbesondere sexuelle Vielfalt soll als Qualitätsmerkmal ins Qualitätshandbuch der Berliner Jugendarbeit aufgenommen werden.“ | <i>Berlin</i> |
| | „Modellprojekt zur Jugendarbeit im Rahmen des „Zukunftsplans Jugend“ (ZPJ).“ | <i>Baden-Württemberg</i> |
| | „Analog sollen Workshops und Maßnahmen für junge Menschen in den Tätigkeitsfeldern der Jugendhilfe statt finden.“ | <i>Berlin</i> |
| | „Veröffentlichung von Beiträgen zum Thema LSBTTI in der elektronischen Zeitschrift "Landesjugendamt" und evtl. weiteren Fachzeitschriften.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Fortbildung für Fachkräfte der stationären Jugendhilfeeinrichtungen und in Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen: "Let ´s talk about sex".“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Fortbildung für Fachkräfte der Jugendarbeit: "Große Klappe und nichts dahinter!?! Jungen und ihre Auftritte – verstehen und nicht bekämpfen" als Querschnittsaufgabe im Bereich LSBTTI.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport wird LSBTTI-Themen in die Verwaltungsgespräche mit den Landesjugendämtern einbringen.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Thematisierung in der AG Familienpolitik der JFMK.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport wird im Rahmen der Gespräche mit den Trägern der Jugendhilfe auf eine Sensibilisierung für LSBTTI-Themen hinwirken.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| Stärkung der Selbstbestimmung von LSBTTIQ*-Jugendlichen | „Erhebung zu Angeboten der Jugendarbeit für LSBTTIQ-Jugendliche.“ | <i>Baden-Württemberg</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|---|---|----------------------------|
| | „Stärkung außerschulischer Jugendarbeit zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt (z.B. Förderung gezielter akzeptanzfördernder Projekte; Förderung von Beratungsangeboten für Kinder und Jugendliche; strukturelle Förderung von offener Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit als Orte der Auseinandersetzung und Identitätsbildung).“ | <i>Bremen</i> |
| | „Grundsätzlich können anerkannte Träger der Kinder- und Jugendhilfe Anträge zur Förderung von Angeboten der Jugendarbeit für die Zielgruppe von LSBTTI-Jugendlichen auf Basis des Kinder- und Jugendförderplans stellen.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Die Landesgeschäftsstellen der schwul-lesbischen Selbsthilfe werden vom Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter gefördert, um vorhandene Initiativen zu koordinieren und zu vernetzen. Durch die zusätzlich seit 2011 geförderte hauptamtliche Stelle für SchLAu NRW über das Schwule Netzwerk NRW e.V. ergibt sich eine weitere Verbindungsstelle zur Infrastruktur der Jugendarbeit, die im Rahmen der Aufgabenstellung der SchLAu-Koordination genutzt werden wird.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport fördert ein Modellprojekt zur Vernetzung jugendpolitischer Angebote für den Bezirk Niederrhein in Mülheim an der Ruhr.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| Wahlfamilie | | |
| Sensibilisierung und Qualifizierung in der Trägerstruktur | „Vertretung von Regenbogenfamilien im Landesbeirat für Familienpolitik“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Förderung von Frauenprojekten und Sensibilisierungsmaßnahmen für die Belange lesbischer Frauen.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Das Thema LSBTTI in geeignete Fortbildungsangebote des sozialpädagogischen Fortbildungszentrum (SPFZ) einbeziehen.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Förderung des Projektes "Aufbau regionaler und landesweiter Strukturen zur Sensibilisierung für Vielfalt von Familien".“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|--|---|---|
| | „Informationen über Regenbogenfamilien im Ratgeber Familie aufnehmen.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Modul "Vielfalt" in das Elternkursprogramm "Auf den Anfang kommt es an!" aufnehmen.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Sensibilisierung der Familieneinrichtungen zum Thema LSBTTI und Regenbogenfamilien in Kooperation mit der Servicestelle.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Sensibilisierung und Fortbildung zum Thema LSBTTI in Zusammenarbeit mit der LAG Freiwilligendienste.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Sensibilisierung von Fachkräften der Beratungsstellen (Schwangeren-, Ehe-, Familien und Lebensberatung) für das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Umsetzung des Projekts "Homosexualität und Familie" mit dem LSVD und QueerNet Rheinland-Pfalz e.V.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Information für Fachkräften über Gesetzesänderungen oder Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zu familienrelevanten Themen im Kontext von LSBTTI““Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit, unter anderem Informationen für Fachkräfte über Gesetzesänderungen oder Entscheidungen des Bundesverfassungsgericht zu familienrelevanten Themen im Kontext von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt.“ | <i>Rheinland-Pfalz Mecklenburg-Vorpommern</i> |
| | „Darstellung der Angebote von Trägern, die Sexualerziehung von Anfang an anbieten.“ | <i>Mecklenburg-Vorpommern</i> |
| Kompetenzen des Fachpersonals im Umgang mit Regenbogenfamilien schulen | „Das Ministerium für Schule und Weiterbildung erteilt den Auftrag zur Entwicklung eines Fortbildungsmoduls für die Lehrkräfte an Schulen und bezieht dabei die Expertise der Nichtregierungsorganisationen mit ein.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|---|--|--|
| | <p>„Das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport strebt Vereinbarungen mit den Trägern an über Fortbildungen, Schulungen oder andere Formate zu Regenbogenfamilien in den Bereichen Familienhilfe, Selbsthilfe und Familienbildung. Dazu nutzt es die bestehenden Gesprächsformate zur fachlichen Weiterentwicklung wie beispielsweise Zielvereinbarungen oder Wirksamkeitsdialoge.“ „Sensibilisierung der familienunterstützenden Einrichtungen und Familienbildungseinrichtungen zum Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt und Regenbogenfamilien (Zum Beispiel Aufnahme des Themas in Elternkursprogramme).“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen Mecklenburg-Vorpommern</i></p> |
| | <p>„Das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport regt Schulungen und Fortbildungen von Fachkräften in Kindertageseinrichtungen und in der Kinder- und Jugendarbeit bei den Landesjugendämtern an.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen</i></p> |
| | <p>„Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter hat bereits eine Informationsbroschüre der LAG Lesben für und über Regenbogenfamilien gefördert. Soweit es sich bei den Nichtregierungsorganisationen um freie Träger der Jugendhilfe handelt, können diese auch eine Förderung der Entwicklung und Veröffentlichung von Informationsmaterialien über den Kinder- und Jugendförderplan beantragen.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen</i></p> |
| <p>Beratungsangebote für Herkunfts- und Regenbogenfamilien verbessern</p> | <p>„Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter plant eine Evaluation über die psychosoziale Beratungsarbeit in NRW. Auf dieser Basis soll geprüft werden, ob und wenn ja, wie die Beratungsarbeit für Lesben, Schwule und deren Angehörige auch bezogen auf haupt- und ehrenamtliche Strukturen zielgruppenorientiert weiterentwickelt werden sollte.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen</i></p> |
| | <p>„In der Familienberatung (267 landesgeförderte Einrichtungen für Erziehungsberatung, Familienberatung, Ehe- und Lebensberatung) sind Herkunftsfamilien bereits Teil des Beratungsspektrums. Um das Beratungsangebot auch für Herkunftsfamilien zu verbessern, wird das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport in Spitzenverbandsgesprächen zur Zielvereinbarung das Thema auf die Agenda setzen und den fachlichen Austausch zwischen den Familienberatungsstellen und den spezialisierten psychosozialen Beratungsstellen für LSBTTI anregen. Es soll geprüft werden, ob über das Förderprogramm-Controlling der bestehenden Beratungsstrukturen oder durch eine qualitative Studie bei den Eltern aus Regenbogenfamilien die Inanspruchnahme der bestehenden Beratungsstrukturen durch Herkunftsfamilien künftig erhoben werden kann.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen</i></p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|---|--|---|
| | <p>„Zur Stärkung von Herkunftsfamilien spielt die Schulaufklärung ebenfalls eine große Rolle. Durch den Ausbau von SchLAu NRW und die Förderung des Projektes Schule ohne Homophobie werden kompetente Ansprechpersonen für Schulen garantiert, die sowohl die Kinder als auch die Eltern in ihrem Umgang mit der LSBTTI-Thematik kompetent machen und das Selbstbewusstsein der LSBTTI-Jugendlichen stärken.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen</i></p> |
| <p>Stärkung der Selbsthilfe von Herkunfts- und Regenbogenfamilien</p> | <p>„Die Stärkung von Identität und Selbstgefühl sowie der Zugang zu umfassenden Informationen werden durch Kontakte zu anderen Familien Garantiert. Diese Kontakte können über die Familienverbände hergestellt werden. Bei zehn landesgeförderten Familienhilfe- und Familienselbsthilfeorganisationen wird das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport die Mitgliedschaft von und die Angebote für Herkunfts- und Regenbogenfamilien nachfragen und die Gestaltung von Familienkontakten anregen.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen</i></p> |
| | <p>„Die 267 landesgeförderten Familienberatungsstellen (Erziehungsberatung, Familienberatung, Ehe- und Lebensberatung) unterstützen auch die Arbeit von Selbsthilfegruppen. Somit wird nicht nur ein reger Kontakt zwischen den Familien hergestellt, sondern auch die effiziente Organisation ihrer Selbsthilfe verbessert. Im Spitzenverbandsgespräch zur Zielvereinbarung wird das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport die Kooperation der Einrichtungen mit Gruppen von Herkunfts- und Regenbogenfamilien thematisieren und Unterstützungsangebote für diese Gruppen anregen.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen</i></p> |
| | <p>„Unterstützung vorhandener niedrigschwelliger Kontakt- und Informationsangebote zu Themen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt“ „Stärkung der Selbsthilfe von Herkunfts- und Regenbogenfamilien.“</p> | <p><i>Mecklenburg-Vorpommern Bremen</i></p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|---|---|---------------------------------|
| Verbesserung sonstiger Rahmenbedingungen für Regenbogenfamilien | „Es wird eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet, an der Vertretungen der Nichtregierungsorganisationen beteiligt werden können und die sich mit folgenden Themen befasst: 1. Prüfung der Möglichkeiten des Verzichts auf die Adoptionspflegezeit bei Stiefkindadoptionen von gemeinsamen Wunschkindern. 2. Prüfung, ob eine Förderung von Beratungs-, Informations- und Unterstützungsmöglichkeiten für LSBTTI- Pflegeelternbewerberinnen und -bewerber in Spezial- und Regeldiensten angestrebt werden soll. 3. Prüfung der Notwendigkeit einer Fortbildung von Pflegekinderbetreuerinnen und -betreuern in Jugendämtern und bei freien Trägern. 4. Klärung der mit der biologischen und erweiterten sozialen, sowie der mit Mehrelternschaft verbundenen Rechtsfragen.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Prüfung im Arbeitskreis „Neue Erziehung“: Elternbriefe mit Informationen zu Themen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt aufarbeiten.“ | <i>Mecklenburg-Vorpommern</i> |
| | „Prüfung der Möglichkeit des Verzichts (oder der Reduzierung) auf die Adoptionspflegezeit bei Stiefkindadoptionen von gemeinsamen Wunschkindern bzw. Prüfung von Möglichkeiten zur Verbesserung des Verfahrens.“ | <i>Bremen</i> |
| | „Prüfung der Möglichkeit, die assistierte Reproduktion auch lesbischen eingetragenen Partnerschaften (und alleinstehenden Frauen) zu ermöglichen (Verweis auf Landesärztekammer Berlin und Hamburg)“, „Als lesbisches Paar Kinder zu kriegen müsse entkriminalisiert bzw. aus der rechtlichen Grauzone herausgeholt werden.“ | <i>Bremen Niedersachsen</i> |
| | „Informationsmaterial/ Unterstützungswegweiser für LSBTI mit Kinderwunsch sowie für Herkunfts- und Regenbogenfamilien in Bremen.“ | <i>Bremen</i> |
| | „Förderung der Sichtbarkeit von Familienvielfalt in der Öffentlichkeit.“ | <i>Bremen</i> |
| | „Neben Regenbogenfamilien sollen auch andere Lebensentwürfe, insbesondere auch alternative Versorgungs- und Verantwortungsgemeinschaften gewürdigt und gefördert werden.“ „Auch wird der Wunsch geäußert, langfristig nicht nur die Ehe zur Verfügung zu haben, sondern weitere rechtliche Konstrukte, um eine Familie abzusichern. Das schließt auch Mehreltern-Familien und Einstehungsgemeinschaften mit ein.“ | <i>Niedersachsen</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|------|--|----------------------|
| | „Der Wunsch wird geäußert, dass lesbische Wohnprojekte gefördert werden. Sie sollten für Frauen bezahlbar sein.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Die Richtlinie der Bundesärztekammer zum Kinderwunsch hat die Ärztekammer in Niedersachsen bisher zu Ungunsten von Frauenpaaren ausgelegt. Das Land wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass diese Hürde wegfällt.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Ärztinnen bzw. Ärzte brauchen verlässliche und solide Informationen für den Bereich des Kinderwunsches lesbischer Paare sowie in Bezug auf die Adoption eines Kindes.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Gewünscht wird eine Unterstützung, z.B. in Familienberatungsstellen, für Müttern von Kindern aus früheren heterosexuellen Beziehungen.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Entschließungsantrag zur Gleichstellung im Kindschaftsrecht – Ziel: Kinder in eingetragenen Lebenspartnerschaften sollen die gleichen Rechte bekommen, wie Kinder, die in Ehen aufwachsen. Dieser Antrag betrifft insbesondere folgende Bereiche: Gemeinsame Adoptionsmöglichkeit, automatische Elternschaft der Lebenspartnerin der biologischen Mutter, Ermöglichung der Mutterschaftsanerkennung entsprechend der Vaterschaftsanerkennung, Gleichstellung bei Samenspenden. Auch mit dieser Maßnahme können ineffektive Verwaltungsverfahren z.B. bezüglich der Stiefkindadoption vermieden und Bürokratie in einem gewissen Maß abgebaut werden.“ | <i>Berlin</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|--|--|---|
| Gleichstellung von Eingetragenen Partnerschaften mit der Ehe befördern | <p>„Unterstützung von Initiativen auf Bundesebene zur Öffnung der Ehe für Personen gleichen Geschlechts, hilfsweise Unterstützung von Initiativen zur Gleichstellung von Eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe im Adoptionsrecht und im Steuerrecht“ „Mit einer Bundesratsinitiative sollen berufsständige Versorgungswerke bundesweit zur Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit den Ehen aufgefordert werden.“ „Zur Öffnung der Ehe formuliert das Land Berlin einen Entschließungsantrag im Bundesrat. Dabei soll es dem Bund überlassen werden, in welcher Form dieses Ziel erreicht werden kann.“</p> <p>„NRW hat verschiedene Initiativen zur rechtlichen Gleichstellung von Eingetragenen Lebenspartnerschaften (ELP) mit Kindern und die Öffnung der Ehe für Personen gleichen Geschlechts im Bundesrat unterstützt, die allerdings keine Mehrheit gefunden haben. Das Land NRW wird sich weiterhin in Abhängigkeit von den Mehrheitsverhältnissen für dieses Ziel einsetzen.“ „Daher wird die Öffnung der Ehe für alle empfohlen.“ „Völlige Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe, auch im Hinblick auf Adoptionsrecht und Steuerrecht, Öffnung der Ehe für alle.“</p> | <p><i>Bremen</i> <i>Berlin</i> <i>Nordrhein-Westfalen</i> <i>Niedersachsen</i></p> |
| | <p>„Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter wird sich an die Bundesärztekammer und die beiden Landesärztekammer wenden, damit diese in ihren Richtlinien eindeutig klarstellen, dass die assistierte Reproduktion bei lesbischen Eingetragenen Lebenspartnerschaften zulässig ist.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen</i></p> |
| | <p>„Das Finanzministerium wird - nach Maßgabe der zu erwartenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Frage der gesetzlichen Gleichstellung im Einkommenssteuerrecht - bei der zuständigen Bundesvordruckkommission "ESt" anregen, dass diese bei der dann erforderlichen Umgestaltung der Vordrucke einen Interessensverband - z. B. den Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e.V. (LSVD) als bundesweit anerkannten Bürgerrechtsverband - mit einbezieht. Damit soll sichergestellt werden, dass wertschätzende Formulierungen verwendet werden. Entsprechendes gilt für die zukünftige Überarbeitung der "Anlage Kind" zur Berücksichtigung etwaiger konkreter Änderungs- bzw. Ergänzungsanregungen im Hinblick auf Eingetragene Lebenspartnerschaften und Kinder in Regenbogenfamilien.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen</i></p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|------|--|---------------|
| | „Das Land Berlin stellt bis zur Öffnung der Ehe auf Bundesebene sicher, dass die rechtliche Gleichstellung von Lebenspartnerschaften mit Ehen in allen landesrechtlichen Fragen gewährleistet ist (z.B. kinderbezogener Familienzuschlag: Zwar wird dieser Zuschlag für das Stiefkind heterosexueller Paare gewährleistet, nicht aber für das Kind des/der Lebenspartner/in).“ | <i>Berlin</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|---|--|----------------------------|
| Vorsorge und Beratung | | |
| psychosoziale, -therapeutische und gesundheitliche Angebote für LSBTTIQ* ausbauen, vor allem auf dem Land | „Evaluation über die psychosoziale Beratungsarbeit in NRW vor, die 2012 starten soll. Auf dieser Basis soll geklärt werden, ob und ggf. wie die Beratungsarbeit für LSBTTI und deren Angehörige weiterentwickelt werden kann.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Seitens der Gemeinden sollte es überall Ansprechpartner_innen* geben.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Aufbau eines modellhaften psychosozialen Beratungsangebots für LSBTTIQ-Menschen in Baden-Württemberg.“ | <i>Baden-Württemberg</i> |
| LSBTTIQ* als Patient_innen | | |
| Besondere Berücksichtigung lesbischer und nicht heteronormativ lebender Frauen | „Einrichtung des Kompetenzzentrums „Frauen und Gesundheit“ als Wissenspool und Vernetzungsstelle für die gesundheitlichen Aspekte von Frauen. Das Kompetenzzentrum „Frauen und Gesundheit“ wird sich im Rahmen seiner jeweiligen Schwerpunkte auch mit der Zielgruppe Lesben befassen.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Weiterhin wird die Idee geäußert, das Frauen-, Mädchengesundheitszentrum auszuweiten als Lesben, Frauen-, Mädchen- und vielleicht auch noch Migrantinnenzentrum.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Gewünscht wird auch eine Broschüre zum Thema lesbischer Gesundheit.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Empfohlen wird medizinische Gleichbehandlung, auch in der Forschung. Die dort gültige männliche Norm benachteiligt Frauen.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| Besondere Berücksichtigung schwuler und bisexueller Menschen | „Das Schwule Netzwerk NRW e.V. wird weiterhin die spezifischen Gesundheitsthemen von männlichen SBTI erarbeiten. Diese fließen als Ergänzungen in die jeweiligen Handlungsfelder der allgemeinen Männergesundheit und Vorsorge ein. Die Themen werden über das Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen in die kommunalen Gesundheitskonferenzen und in die vorhandenen Kommunikationsstrukturen transportiert.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|-------------------------------------|--|----------------------------|
| | „Auch über das Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen soll damit der Impuls gegeben werden, die Belange von Schwulen, bisexuellen Männern, Transgendern und transsexuellen Männern zu berücksichtigen.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Schwule Netzwerk NRW e.V. informiert Präventionsträger und das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter über die besonderen gesundheitspolitischen Anliegen von schwulen Männern.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Die gesundheitsbezogene Selbsthilfe von schwulen und bisexuellen Männern ist unter dem Dach des Schwulen Netzwerks NRW e.V. organisiert. Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter fördert die Geschäftsstelle, stellt zusätzlich Projektmittel zur Verfügung und unterstützt die Anliegen gegenüber den gesundheitspolitischen Präventionsträgern.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Spezifische Bedarfe und Bedürfnisse von schwulen Männern im Blick auf deren Gesundheit müssten auf allen Ebenen Berücksichtigung finden. Für die Gesundheit schwuler Männer müsse es eigene Präventionskonzepte, auch auf kommunaler und Landesebene geben, wie sie derzeit etwa durch SveN (Schwule Vielfalt erregt Niedersachsen) bereits zu einigen Themen entwickelt würden.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Die Landesregierung soll darauf hinwirken, dass auch künftig schwulenfreundliche (Szene-) Strukturen entstehen können bzw. bestehen bleiben, in denen neben Beratungs- und Kommunikationsmöglichkeiten auch Sexualität bevormundungs-, angst- und restriktionsfrei gelebt werden kann, was nicht zuletzt zum Erreichen der Zielgruppe im Rahmen der HIV- und STI-Prävention unabdingbar ist.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Therapeutisch verbrämte Homosexuellen-“Heilung“ dürfe nicht mehr durch Krankenkassen finanziert werden.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| (Sucht-)prävention und Hilfe | | |
| Sexuell übertragbare Infektionen | „Prävention hinsichtlich sexuell übertragbarer Infektionen“ („geprüfte Lecktücher entwickeln sowie Aufklärungsmaterial für Safersex für LGBTQI Jugendliche“) | <i>Niedersachsen</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|--|--|--|
| | „Die Landesregierung solle darauf hinwirken, mit ihren Partnerorganisationen für die Durchführung landesweiter Kampagnen gegen Stigmatisierung, Diskriminierung und „Kriminalisierung“ HIV-Positiver zu sorgen.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Das Land Niedersachsen solle sich als Standort der Erforschung Impfbarkeit bzw. der Heilbarkeit von HIV empfehlen.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| Soziosexuelle Aspekte in Aus- und Weiterbildung bei medizinischen Berufen | | |
| Fachpersonal ist geschult im Umgang mit LSBTTIQ* | <p>„Gesprächsaufnahme mit den Kammern der Heilberufe zur dauerhaften Sensibilisierung der Ärzte- und Therapeutenchaft in Kooperation mit dem MIFKJF.“</p> <p>„Ärzte, Psychologen, Therapeuten und ähnliche Berufe sollen während ihrer Ausbildung und über gesonderte Bildungsangebote für das Thema sensibilisiert werden.“</p> <p>„Menschen, die im Gesundheitswesen arbeiten, sollten eine queersensible Beratung anbieten können.“</p> <p>„In allen beruflichen Ausbildungen und Qualifizierungen im Gesundheitsbereich sollte sexuelle und geschlechtliche Vielfalt – und ausdrücklich auch das lesbische Leben – ein fester Lehrinhalt werden, ob in der Altenpflege, im Medizinstudium oder der Hebammenausbildung.“</p> <p>„Das Thema "kultursensible bzw. interkulturelle Pflege" wird in den empfehlenden Ausbildungsrichtlinien der Pflege- und Gesundheitsfachberufe berücksichtigt. Es sollen Informationen zur Gestaltung des Unterrichts zur Verfügung gestellt werden.“</p> <p>„Der Medizinbetrieb und dabei insbesondere Ärzt_innen*, Hebammen und Pflegekräfte müssten für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sensibilisiert werden und sich an den entsprechenden Bedarfen und Bedürfnissen im Sinne einer kultursensiblen Behandlung und Pflege orientieren.“</p> | <i>Rheinland-Pfalz Sachsen-Anhalt Niedersachsen Nordrhein- Westfalen Niedersachsen</i> |
| | „Unterstützung von bundesweiten Initiativen, die Thematik der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt bei der Überarbeitung von Regelungen zur Ausbildung in den relevanten Gesundheitsberufen angemessen zu berücksichtigen (Ärzeschaft, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, Pflegeberufe, Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten).“ | <i>Mecklenburg-Vorpommern</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|---|--|---------------------------------------|
| | „Sensibilisierung von stationären Einrichtungen (Krankenhäuser, Pflegeheime, Rehabilitationseinrichtungen) und ambulanten Diensten (Arztpraxen, Pflegedienste, psychotherapeutische Praxen etc.) für das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt.“ | <i>Mecklenburg-Vorpommern</i> |
| | „Gezielte Informationen über bestehende Netzwerkstrukturen im Bürgerschaftlichen Engagement.“ | <i>Mecklenburg-Vorpommern</i> |
| | „Prüfung, ob im Rahmen der norddeutschen Kooperation Bedarf und Möglichkeiten von gemeinsamen Qualifizierungsmaßnahmen (ärztliche Fort- und Weiterbildung und Fort- und Weiterbildung in den Gesundheitsfachberufen) bestehen.“ | <i>Mecklenburg-Vorpommern</i> |
| | „Vorgeschlagen wird eine qualifizierte Unterstützung der Mitarbeitenden in Krankenhäusern.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Sensibilisierung der Schwangerschaftsberatungsstellen.“ | <i>Baden-Württemberg</i> |
| LSBTTIQ* im Alter | | |
| Akzeptanzförderung sexueller Vielfalt in Senioren-, Pflege- und Wohneinrichtungen | „Der Vertrag mit den Leistungserbringer/innen könnte in der Präambel oder an anderer geeigneter Stelle im Sinne der Ziele ergänzt werden. Auf die Vorklärung in der Vertragskommission (KOM 75) wurde seitens der LIGA-Verbände positiv reagiert.“ „Verträge mit LIGA und Stadtteilzentren: Im Rahmen des Neuabschlusses der Verträge werden Ergänzungen um die Ziele entsprechend berücksichtigt werden. Das Thema ist in die bestehenden Gremien eingebracht worden und wird im Rahmen des Neuabschlusses von Verträgen ggf. erneut aufgegriffen werden.“ | <i>Berlin</i> |
| | „Es ist beabsichtigt, mit der Vorsitzenden des [Landespflege-]Ausschusses in Kontakt zu treten, um die Thematik in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses auf die Tagesordnung zu setzen.“ | <i>Berlin</i> |
| | „Es wird geprüft, die Leitlinien (der Seniorenpolitik) um entsprechende Zielsetzungen zu ergänzen.“ „In der Altenpflege soll das Land den Kommunen ein Leitbild zur Verfügung stellen, in das Bedürfnisse LSBTTIQ alternder Menschen Eingang findet.“ | <i>Berlin</i> <i>Niedersachsen</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|---|--|---|
| | <p>„Sensibilisierung der Landessenorenvertretung RLP e.V. für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Alter“ „Sensibilisierung von Seniorenorganisationen und - verbänden und des Netzwerkes freiwilliges Engagement für das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt, Unterstützung von Eigeninitiativen und Selbsthilfeaktivitäten.“</p> <p>„Sensibilisierung von Akteur_innen der Seniorenpolitik z.B. des Landessenorenrats.“</p> | <p>Rheinland-Pfalz Mecklenburg-Vorpommern Baden-Württemberg</p> |
| | <p>„Die Landesregierung möge sich dafür einsetzen, diskriminierungsfreie Pflegeprojekte mit geeigneten Trägern zu realisieren.“</p> | <p>Niedersachsen</p> |
| | <p>„Im Bereich Altenpflege wird gewünscht, dass das Land sich für eine respektvolle und angemessene Behandlung einsetzt, vielleicht mittels eines Zertifikats.“</p> | <p>Niedersachsen</p> |
| <p>Kompetenzen des Fachpersonals im Bereich Pflege und Altenpflege im Umgang mit LSBTTIQ* stärken</p> | <p>„Das Thema LSBTI in Ausbildungsangebote der Pflege/ Altenpflege einbeziehen.“</p> <p>„Fortbildungsmodule zum Thema LSBTTI für Fachkräfte der ambulanten, teilstationären und stationären Pflege in Kooperation mit MBWWK, LZG, SPFZ und MIFKJF entwickeln.“</p> | <p>Bremen Rheinland-Pfalz</p> |
| | <p>„Die Entwicklung und Etablierung einer kultursensiblen Altenpflege für LSBTTI in Pflege- und Alterseinrichtungen in NRW wird verstärkt. In diesem Zusammenhang fördert das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter das Projekt "Wege zu einer kultursensiblen Pflege in Nordrhein-Westfalen. Anders leben. Anders altern. Sensibel pflegen", das beim Sozialwerk für Lesben und Schwule in Köln angesiedelt ist. Gemeinsam mit der Pflege sollen im Kontext des Projektes für die Pflege Module für die Fort- und Weiterbildung der Pflegekräfte entwickelt werden. Aufgrund der Trägerunabhängigkeit der Fachschulen werden diese über Vorträge und Informationsmaterialien (Veröffentlichung mit Auftaktworkshop) für das Thema sensibilisiert. Diese Aufklärung und Diversityorientierte Beratung der Träger- und Leitungsebenen wird im Rahmen des Qualitätsmanagements geschehen und kontrolliert. Leitungskräfte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Heimbeiräte sollen angesprochen und für das Thema sensibilisiert werden.“</p> | <p>Nordrhein-Westfalen</p> |
| | <p>„Sensibilisierung und Qualifizierung des Fachpersonals in der Pflege/ Altenpflege zum Thema LSBTI mit Pflegebedarf und LSBTI im Alter.“</p> | <p>Bremen</p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|------|---|---|
| | „Empfehlung zum Thema LSBTTI für die zuständige Behörde zur curricularen Implementierung der Handreichung in den jeweiligen Schulen des Gesundheitswesens in Zusammenarbeit mit MBWWK, LZG und MIFKJF erarbeiten.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Veröffentlichungen zur ambulanten Versorgung von LSBT*I im KV-Journal (Informationsseite)“ „Informationen zum Thema LSBTTIQ in Pflegeratgeber aufnehmen.“ | <i>Mecklenburg-Vorpommern Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Gesprächsaufnahme mit den Kammern der Heilberufe zur dauerhaften Sensibilisierung der Ärzte- und Therapeutenchaft in Kooperation mit dem MIFKJF.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Handreichung zum Thema LSBTTI für die Ausbildung von Alten und Krankenpflegekräften in Zusammenarbeit mit MBWWK, LZG, MIFKJF erstellen“ „Entwicklung eines Leitfadens / Broschüre für Beschäftigte in der Altenpflege.“ „Die Landesregierung soll darauf hinwirken, für ältere Lesben, Schwule und Bisexuelle eine extra Broschüre mit sämtlichen Angeboten inkl. Der Ansprechpersonen aufzulegen.“ | <i>Rheinland-Pfalz Bremen Niedersachsen</i> |
| | „Informationen zum Thema LSBTTI über die Beratungs- und Prüfbehörden an die Pflegeeinrichtungen vermitteln.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Sensibilisierung der Beratungs- und Prüfbehörden nach dem LWTG gemeinsam mit den Landesberatungsstellen für ambulant betreute Wohngemeinschaften zum Thema LSBTTI.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Sensibilisierung der Beratungsstellen für Gemeinschaftliches Wohnen und Mobile Beratung für neue Wohnformen für das Thema LSBTTI.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Thema LSBTTI in einer Aktionswoche Wohnen in Kooperation mit QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. aufgreifen.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „In der Altenpflege soll das Land den Kommunen ein Leitbild zu Verfügung stellen, in das Bedürfnisse lesbisch lebender alter Frauen Eingang finden.“ | <i>Niedersachsen</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|--|---|---------------------------------------|
| Sensibilisierung und Dialogförderung für die Belange von LSBTTIQ* im Bereich Seniorenpolitik sowie in der Öffentlichkeit | „Belange von LSBTI in Senior_innenvertretungen oder vergleichbaren Gremien berücksichtigen (z.B. Bremer Senior_innenvertretung).“ | <i>Bremen</i> |
| | „Förderung der Sichtbarkeit von Vielfalt im Alter in der Öffentlichkeit.“ | <i>Bremen</i> |
| | „Selbsthilfegruppen für Lesben und Schwule im Alter stärken.“ „Förderung der Beratung und Selbsthilfe von LSBTTIQ mit Pflegebedarf / im Alter.“ | <i>Nordrhein-Westfalen Bremen</i> |
| | „Sensibilisierung der allgemeinen SeniorInnenarbeit unter Einbeziehung der vorhandenen Selbsthilfegruppen.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Information der Pflege- und Alterseinrichtungen über vorhandene Unterstützungsnetzwerke. Hier werden auch die Schnittstellen zu dem landesgeförderten Projekt "Wege zu einer kultursensiblen Pflege. Anders leben. Anders altern. Sensibel pflegen." beachtet.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Konzepterstellung zur Förderung der Sichtbarkeit von Vielfalt im Alter, von älteren Lesben und Schwulen in der Gesellschaft und in der eigenen Community.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Etablierung/Ausbau der Beratung, Unterstützung und Information lokaler Initiativen zu Generationen übergreifenden und altersgerechten Wohnprojekten, die auch die Bedarfe von älteren Lesben und Schwulen im Blick haben, insbesondere hinsichtlich der bestehenden Fördermöglichkeiten, Konzeptentwicklung und Vernetzung sowie bei der effizienten Investorensuche.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Konzipierung einer Informationsveranstaltung für den 17. Mai 2013 in Kooperation mit der Stiftung Wohlfahrtspflege.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|--|---|---------------------------------------|
| | „Weiterentwicklung alternativer Wohnformen wird zudem im Rahmen der Novellierung des Landespflegegesetzes berücksichtigt. Die Zielgruppe LSBTTI im Alter sollte diese Möglichkeiten nutzen.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Berücksichtigung des Themas LSBTTIQ bei jährlichen Fachaustausch mit kommunalen Seniorenbeiräten.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| Verbesserung der Rahmenbedingungen für LSBTTIQ* im Alter | „Bedarfe von LSBTTIQ mit Pflegebedarf/ im Alter bei der Planung von generationengerechten, gemeinschaftlichen und altersgerechten Wohnprojekten berücksichtigen (Forum Gemeinschaftliches Wohnen e.V., Bauen und Leben).“ „Öffnung von Beratungsstrukturen zu speziellen Wohnformen für Diversity-Konzepte.“ | <i>Bremen Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Informationsmaterial / Unterstützungswegweiser für LSBTTIQ im Alter.“ | <i>Bremen</i> |
| | „Berücksichtigung des Themas LSBTTI im Landesaktionsplan "Gut leben im Alter".“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Aufgreifen von Projekten von und für ältere LSBTTI sowie Berichterstattung über Aktivitäten von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. und anderen Verbänden in der Zeitschrift "Spätlese".“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |

LSBTTIQ* mit Behinderung

| | | |
|---|---|--|
| Kompetenzen des Fachpersonals im Bereich Behindertenhilfe / Behindertenpolitik um Umgang mit LSBTTIQ* stärken | „Sensibilisierung von Trägern und Einrichtungen der Eingliederungs-/Behindertenhilfe für Minderjährige und Erwachsene sowie ambulanter Fachdienste Freier Träger, Behörden und der Werkstätten und Tagesförderstätten für Behinderte zum Thema LSBTI. Etablierung von Ansprechpersonen in stationären Einrichtungen sowohl für Mitarbeitende als auch für Bewohner_innen.“ „Das Berliner Wohnformen- und Teilhabegesetz (WTG) soll dem Schutz von älteren, pflegebedürftigen oder volljährigen Menschen mit Behinderung, die in bestimmten Wohnformen leben, dienen. Dabei gilt es insbesondere, ihre kulturelle, religiöse, geschlechtliche und sexuelle Identität und Selbstbestimmung zu wahren und sie vor sexuellen Übergriffen zu schützen.“ „Sensibilisierung von Einrichtungsträgern der Behindertenhilfe und deren Beschäftigten u.a. im Rahmen der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.“ | <i>Bremen Berlin Baden-Württemberg</i> |
|---|---|--|

| Ziel | Maßnahme | Land |
|---|---|---------------|
| Verbesserung der Rahmenbedingungen für LSBTTIQ* mit Behinderung | „Sensibilisierung und Dialogförderung für die Belange von LSBTI im Bereich Behindertenpolitik.“ | <i>Bremen</i> |
| | „Prüfung von Fördermöglichkeiten zur Erweiterung eines barrierefreien Zugangs zur LSBTI-Infrastruktur in Bremen.“ | <i>Bremen</i> |
| | „Selbsthilfeförderung für LSBTI mit Behinderung.“ | <i>Bremen</i> |
| | „Barrierefreiheit: Mittel zur Verfügung stellen, um die Zugänglichkeit der LSBTI-Infrastruktur (wie z.B. bei den Beratungsangeboten und Veranstaltungen) zu sichern, einerseits baulich und andererseits bezüglich der barrierefreien Information und Kommunikation.“ | <i>Bremen</i> |
| | „Leichte Sprache: Mittel zur Verfügung stellen, um den Landesaktionsplan in Leichte Sprache zu übersetzen.“ | <i>Bremen</i> |
| | „In den Einrichtungen wie z.B. Werkstätten für behinderte Menschen Ansprechpersonen für die Belange von Menschen mit LSBTI-Hintergrund etablieren.“ | <i>Bremen</i> |
| | „Vernetzung der LSBTI-Selbsthilfe mit den Einrichtungen der Behindertenhilfe, z.B. durch Veranstaltungen/ Fachtage.“ | <i>Bremen</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|---|--|-------------------------------|
| Prävention | | |
| Information und Sensibilisierung der bestehenden Strukturen | „Sensibilisierung der bestehenden Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für Familien gegenüber verschiedenen Familien- und Beziehungsentwürfen.“ | <i>Baden-Württemberg</i> |
| | „Sensibilisierung der Schwangerschaftsberatungsstellen.“ | <i>Baden-Württemberg</i> |
| | „Sensibilisierung der Verbände der Kinder- und Jugendarbeit (KJA) und Jugendsozialarbeit (JSA) und Jugendhilfeeinrichtungsträgern.“ | <i>Baden-Württemberg</i> |
| | „Sensibilisierung von Akteur_innen der Seniorenpolitik z.B. des Landesseniorenrats.“ | <i>Baden-Württemberg</i> |
| | „Fortbildungs- und Informationsarbeit in psychosozialen Berufsgruppen mit besonderem Fokus auf Mehrfachdiskriminierung von Lesben/transidenten Menschen.“ | <i>Berlin, Sachsen-Anhalt</i> |
| | „Niedrigschwellige Sensibilisierungs- und Aufklärungsarbeit in der „interkulturellen gay community“: Zielgerechtes Informations- und Beratungsangebot und Bekanntmachung existierender Unterstützungs- und Hilfsangebote.“ „Im Einzelnen sollen Informations- und Sensibilisierungsangebote in LSBTI-Organisationen, Initiativen und ihrem Umfeld durchgeführt werden. Dieses Maßnahmenpaket umfasst explizit lesbische Antigewalt-Projekte.“ | <i>Berlin, Sachsen-Anhalt</i> |
| | „Die Justiz wird sensibilisiert. Die Folgen von Gewalt bei der Opfer-Gruppe mit LSBTTI-Hintergrund werden bei der Fortbildung von Richterinnen und Richtern und Staatsanwältinnen und Staatsanwälten berücksichtigt. Auf die Gruppe der Transsexuellen wird besonders hingewiesen. Das Justizministerium prüft, in wieweit das Thema in die Fortbildungsveranstaltungen der Justizakademie Recklinghausen aufgenommen werden kann.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Thema LSBTTI bei Workshops zum Themenfeld "Diskriminierung" (u.a. in der Veranstaltungsreihe "Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus? - Wir tun was") einbinden.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|---|---|-------------------------------|
| | „Sensibilisierung der Heimbeiräte zum Thema LSBTTI.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Sensibilisierung der Kommunalen Behindertenbeiräte und Behindertenbeauftragten zum Thema LSBTTI.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Sensibilisierung des Landesbeirats zur Teilhabe behinderter Menschen zum Thema LSBTTI.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Bildung einer interministeriellen Arbeitsgruppe im Bereich Vielfalt.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Einbringung des Themas LSBTTI mit Migrationshintergrund in den Landesbeirat für Migration und Integration.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Sensibilisierung der LAG der Gleichstellungsbeauftragten nach dem Landesgleichstellungsgesetz für das Thema LSBTTI.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Sensibilisierung der LAG der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten für das Thema LSBTTI.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Krankenhausaufsichten sollten verstärkt werden und über Genitalverstümmelung aufklären. Kontrollinstanzen müssten eingesetzt und ein Budget dafür bereitgestellt werden.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Training von Multiplikator_innen.“ | <i>Sachsen-Anhalt</i> |
| | „Aufklärung und Information von LSBT*I über die Handlungsmaximen von Polizei und Justiz.“ | <i>Mecklenburg-Vorpommern</i> |
| Stärkung von LSBTTIQ* und deren Organisationen und Selbsthilfeeinrichtungen | „Werbung für Offenheit gegenüber LSBTTIQ-Menschen bei Verbänden, Organisationen und Interessenvertretungen und für die Einbindung ihrer Organisationen in die bestehenden Strukturen z.B. Landesfamilienrat.“ | <i>Baden-Württemberg</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|--|---|--|
| | <p>„Würdigung des sozialen oder künstlerischen Engagements von LSBTTIQ-Menschen durch bestehende staatliche Auszeichnungen und Ehrungen.“</p> <p>„Unterstützung von Ehrenamt und freiwilligem Engagement“</p> <p>„Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements gegen Diskriminierung und für Akzeptanz durch staatliche Ehrungen (z.B.: Orden oder Brückenpreis). Vorschläge zur Ehrung herausragenden Engagements der Selbsthilfeorganisationen sowie der politischen, sozialen und kulturellen Arbeit für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle sind willkommen.“</p> | <p><i>Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz</i></p> |
| | <p>„Aufnahme der ehrenamtlichen Queer-Organisationen in die Datenbank der rheinland-pfälzischen Vereine und Initiativen (Neuer Bereich "Für Akzeptanz und Vielfalt").“</p> | <p><i>Rheinland-Pfalz</i></p> |
| | <p>„Unterstützung der Netzwerkgründung "Diskriminierungsfreies RLP" der NRO und deren weiterer Arbeit.“</p> | <p><i>Rheinland-Pfalz</i></p> |
| <p>Gewaltprävention in der Community</p> | <p>„Um das Anzeigeverhalten zu verbessern und einem „Abrutschen“ der Einstellung gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund entgegen zu wirken, ist eine Kommunikation nach „innen“ dringend erforderlich.“</p> | <p><i>Berlin, Sachsen-Anhalt</i></p> |
| <p>Integration der Belange von LSBTTIQ* in Aus- und Fortbildung im Bereich „hassmotivierte Gewalt“ bei der Polizei</p> | <p>„Abbau von Barrieren zwischen Szene und Polizei sowie innerhalb der Szene.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen</i></p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|------|---|---|
| | <p>„In der Aus- und Fortbildung von Polizeibeamtinnen und -beamten werden besondere Zielgruppen bereits berücksichtigt. Hier werden auch LSBTTI –Themen verstärkt thematisiert, um die Sensibilisierung der Polizeibeamtinnen und -beamten zu fördern.“</p> <p>„Einbindung des Themas in den Ausbildungslehrplan für Polizeimeisteranwärter_innen (PMA) und Polizeikommissaranwärter_innen (PKA).“</p> <p>„Schulung und Fortbildung der Polizei, u. a. zu zivilrechtlichen Aspekten des Allgemeines Gleichbehandlungsgesetzes. Für einen wirksamen Schulungsansatz ist eine externe personelle Unterstützung hilfreich.“</p> <p>„Weiterentwicklung der Aus- und Fortbildungsmaßnahmen von Polizei und Justiz zur weiteren Sensibilisierung von Polizeibeamtinnen und – beamten, Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten sowie Mitarbeitenden im Justizvollzug im Umgang mit LSBT*I.“</p> <p>„Einbindung des Themas in den Ausbildungsplan (Polizeihochschule).“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Berlin, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg</i></p> |
| | <p>„Einsetzung einer weiblichen Ansprechperson für LSBTTI bei der Polizei.“</p> <p>„Einsetzung einer männlichen Ansprechperson für LSBTTI bei der Polizei.“</p> <p>„Festlegung der Sonderzuständigkeiten für homophobe Straftaten bei Polizei und Staatsanwaltschaft (siehe Bürgerschaftsbeschluss Nr. 2, S. 8f.).“</p> <p>„Bei Polizei und Justiz brauche es qualifizierte Ansprechpartner_innen* für Opfer von homo-, trans- und intersexuellenfeindlichen Übergriffen und Verbrechen.“</p> | <p><i>Rheinland-Pfalz, Rheinland-Pfalz, Bremen, Niedersachsen</i></p> |
| | <p>„Fortbildung der Fachkräfte im Strafvollzug und Behörden zu LSBTTI (insbesondere Trans* und Inter*Personen).“</p> | <p><i>Rheinland-Pfalz</i></p> |
| | <p>„Im Berufsportal der Onlinebewerbung erklärt die Polizei NRW den Schutz vor Diskriminierung und die Anerkennung individueller Differenz für sich zur verbindlichen Handlungsleitlinie. Der Polizeiberuf wird durch diese Werbung unabhängig von der sexuellen Identität attraktiv gemacht.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen</i></p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|--|---|---|
| Opferschutz | | |
| Sicherheitsgefühl der Opfer bei Strafverfolgung / Strafverfahren stärken | „Zeug/innen soll gestattet werden, statt ihres Wohnortes ihren Geschäfts- oder Dienstort oder eine andere ladungsfähige Anschrift anzugeben, wenn ein begründeter Anlass zu der Besorgnis besteht, dass durch die Angabe des Wohnortes Rechtsgüter der Zeug/innen oder einer anderen Person gefährdet werden oder dass in unlauterer Weise auf Zeug/innen oder eine andere Person eingewirkt werden wird. In der Hauptverhandlung soll der bzw. die Vorsitzende den Zeug/innen unter diesen Voraussetzungen gestatten, ihren Wohnort nicht anzugeben. Zeug/innen können auch im Nachhinein den „Austausch“ ihrer Wohnadresse gegen eine andere Anschrift verlangen, wenn sich ihre Gefährdung erst nach dem Abschluss der Vernehmung ergeben sollte. Die Unterlagen, die die Feststellung des Wohnortes der Zeug/innen gewährleisten, werden bei der Staatsanwaltschaft verwahrt. Zu den Akten sind sie erst zu nehmen, wenn die Besorgnis der Gefährdung entfällt. Die Strafverfolgungsbehörden müssen darüber hinaus unabhängig von einer etwaigen Gefährdungslage nicht mehr die vollständige Anschrift der Zeug/innen in die Anklageschrift aufnehmen.“ | <i>Berlin, Sachsen-Anhalt</i> |
| | „Opfer sollen schon bei der Anzeigeerstattung von der Polizei oder durch die Amts- oder Staatsanwaltschaft über ihre Rechte informiert und auf Opferhilfeeinrichtungen und deren Hilfsangebote hingewiesen werden.“ | <i>Berlin, Sachsen-Anhalt</i> |
| | „Sicherung einer Atmosphäre der Toleranz in allen Polizei- und Justizbehörden und konsequentes Vorgehen bei Verstößen gegen das Diskriminierungsverbot.“ | <i>Mecklenburg-Vorpommern</i> |
| Beratungsangebot weiterentwickeln | „Psychologische Beratung von Gewaltopfern: Dieses Angebot richtet sich an alle von Gewalt betroffenen LSBTI sowie deren Angehörige: Erstgespräche und psychologische Betreuung sollen helfen, Bewältigungsstrategien für den Alltag zu entwickeln.“ „Ausbau des Beratungsangebots für LSBTI mit Diskriminierungserfahrung.“ „Fortbildungen für Psycholog/innen in Bezug auf therapeutische Arbeit mit Opfern trans- und homophober Gewalt und Netzwerkbildung: Das Angebot richtet sich an niedergelassene Therapeut/innen, die sich zu homophober Gewalt und (Post-)Traumatisierung fortbilden wollen. Ziel: Aufbau eines Netzwerkes von kooperierenden, freien Therapeut/innen und schnelle Vermittlung von Opfern homophober Gewalt zu fähigen niedergelassenen Therapeut/innen.“ | <i>Berlin, Sachsen-Anhalt, Bremen, Berlin, Sachsen-Anhalt</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|------|---|---|
| | <p>„Krisenwohnungen für Opfer trans- und homophober Gewalt: Klient/innen, die Opfer homophober Gewalt wurden bzw. unter Androhung homophober Gewalt stehen, haben häufig keine Zufluchtsmöglichkeiten. Sie kurzfristig in einer sozialpädagogisch betreuten Wohnung unterbringen zu können, um dem gewaltbereiten Umfeld zu entfliehen, ist Ziel dieser Maßnahme. Die Unterbringung soll nur für begrenzte Zeiträume im Sinne einer Zwischenlösung erfolgen, bis eine endgültige Lösung mit Unterstützung der Mitarbeiter/innen der Organisation gefunden wird. Die Maßnahme bezieht sich auch auf homosexuelle Jugendliche mit Migrationshintergrund, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung von häuslicher Gewalt, Zwangsverheiratung und ähnlichen Repressalien bedroht sind.“</p> <p>„Die Landesregierung möge sich dafür einsetzen, diskriminierungsfreie Wohnprojekte und Mehrgenerationenhäuser mit geeigneten Trägern zu realisieren.“</p> | <p><i>Berlin, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen</i></p> |
| | <p>„Es bedürfe eigener Transgender-Bereiche in Frauenhäusern.“</p> | <p><i>Niedersachsen</i></p> |
| | <p>„Interventionsarbeit bei Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen von lesbischen Frauen und transidenten Menschen (Stabilisierung, Verhinderung langfristiger gesundheitlicher Folgen von psychischer und physischer Gewalt/Diskriminierung, Erarbeitung von Handlungsstrategien durch (mehrsprachige) Hotline (telefonisch, per Mail, persönlich) inkl. Beratungsarbeit sowie durch Casemanagement. Zudem sollen Info-Veranstaltungen (Öffentlichkeitsarbeit) zur Fortbildung/Sensibilisierung von Fachkräften des Opferschutzes zum Thema Gewaltbetroffenheit von Frauen, Lesben und trans- und intergeschlechtliche Personen statt finden.)“</p> | <p><i>Berlin, Sachsen-Anhalt</i></p> |
| | <p>„Insbesondere sind die vorhandenen Angebote stärker zu bewerben, um ihren Verbreitungsgrad zu erhöhen und ihren Vorbildcharakter herauszustellen.“</p> | <p><i>Berlin, Sachsen-Anhalt</i></p> |
| | <p>„Die Einrichtung eines landesweiten LSBTTI-Überfalltelefons. Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter unterstützt bereits das bundesweite Hilfetelefon "Gewalt gegen Frauen".“</p> | <p><i>Nordrhein- Westfalen</i></p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|------|---|---|
| | <p>„Die Analyse und der bedarfsgerechte Ausbau von qualifizierten Angeboten der Betreuung und Beratung von LSBTTI-Opfern von Gewalt (Opferschutz-Merkblatt Z9, Schutzhäuser Z13, Jugendzentren für LSBTTI).“</p> <p>„Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung der vorhandenen Beratungs- und Hilfestrukturen für Opfer von Straftaten auf die Anwendbarkeit für Opfer homo- und transphober Gewalt.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern</i></p> |
| | <p>„Die Themen und der zielgruppenspezifische Bedarf von LSBTTI, die von Diskriminierung, Gewalt und häuslicher Gewalt betroffen sind, werden durch die fachlich zuständigen Ministerien auf Landesebene in entsprechende Fachgremien wie z.B. dem Runden Tisch Gewalt gegen Frauen und der AG Opferschutz implementiert und in bestehenden vertieft. Als die kompetente Fachstelle in NRW trägt die Landeskoordination der Anti-Gewalt-Arbeit für Lesben und Schwule in NRW ihren Ressourcen entsprechend zu Synergieeffekten bei und sorgt für den Transfer von aktuellen fachlichen Informationen, ausgewerteten Studien und Forschungen.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen</i></p> |
| | <p>„Alle Kreispolizeibehörden in Nordrhein-Westfalen verfügen über speziell geschulte Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die für die Aufgaben Opferschutz und Vermittlung von Opferhilfe zuständig sind. Sie sind Ansprechpersonen für alle Fragen zum Thema „Opferschutz und Opferhilfe“ und initiieren sowie unterstützen die örtliche Netzwerkarbeit. Ihre Aufgaben sind im Handbuch Opferschutz implementiert, das seit Oktober 2001 fortgeschrieben wird. Angestrebt wird, dass die für Opferschutz und die Vermittlung von Opferhilfe zuständigen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten über die Opfersituation von Menschen mit LSBTTI-Hintergrund noch vertiefter informiert sind. Dies erfolgt durch Erörterung im Rahmen von Dienstbesprechungen des Landeskriminalamts mit den Opferschutzbeauftragten der Kreispolizeibehörden sowie durch einen fortgesetzten Kontakt zu und den Austausch mit maßgeblichen Nichtregierungsorganisationen. Geeignete Maßnahmen hierzu sollen unter Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen besprochen werden.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen</i></p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|--|--|--|
| | <p>„Durch die Einbeziehung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten der Opferschutzdienststellen bei der Bearbeitung von Gewaltdelikten zum Nachteil von Menschen mit LSBTTI-Hintergrund ist sichergestellt, dass eine mit der Opfereigenschaft in Zusammenhang stehende Motivation Tatverdächtiger bei den Ermittlungen Berücksichtigung findet.“</p> <p>„Weiterentwicklung der Arbeit der nebenamtlichen Opferschutzbeauftragten der Landespolizei auch als Ansprechpartner und Multiplikatoren für die Organisationen und Interessenvertretungen der LSBT*I.“</p> <p>„Sensibilisierung der Opferschutzbeauftragten im Rahmen der Fortbildung der Hochschule für Polizei.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg</i></p> |
| | <p>„Bei vielen Gerichten besteht bereits eine Zeugenbetreuung in unterschiedlicher Ausgestaltung, für die sich eine Erweiterung bzw. Integration von LSBTTI-Themen anbietet.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen</i></p> |
| | <p>„Förderung von Frauenhäusern und von Präventionsprogrammen.“</p> | <p><i>Niedersachsen</i></p> |
| <p>Rehabilitierung der aufgrund des § 175 StGB zwischen 1949 und 1994 Verurteilten</p> | <p>„Das Land NRW setzt sich auf Bundesebene für die Aufhebung der Unrechtsurteile, die zwischen 1949 und 1994 auf der Basis des § 175 StGB in Deutschland gefällt worden sind, ein und wirkt auf eine gründliche Aufarbeitung sowie eine angemessene Wiedergutmachung hin, deren Finanzierung dem Bund obliegt.“</p> <p>„Unterstützung von Anträgen zur Rehabilitierung von § 175, 175a StGB verurteilten homosexuellen Männern.“</p> <p>„Das Land Berlin startet eine Bundesratsinitiative „Verantwortung und Wiedergutmachung für die Homosexuellenverfolgung“. Diese enthält folgende Maßnahmen: Anerkennung des Unrechts, das homosexuellen Männern durch die strafrechtliche Verfolgung nach § 175 StGB zwischen 1945 bis 1969 geschehen ist. Bekenntnis der Bundesrepublik Deutschland zur Verantwortung für die Homosexuellenverfolgung und Selbstverpflichtung für die Zukunft, Homophobie entschieden zu bekämpfen. Aufhebung aller Urteile, die zwischen 1945 und 1969 (in der DDR bis 1968) nach § 175 gefällt wurden. Gesetzliche Rehabilitierung und Entschädigung der Menschen, die aufgrund einer Strafbestimmung gegen homosexuelle Handlungen in Deutschland bis 1994 verurteilt wurden, die nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte als menschenrechtswidrig anzusehen ist.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Berlin</i></p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|------|--|-------------------------------|
| | <p>„Veranstaltung zum Thema Homosexualität in der Rechtsprechung mit Minister Bamberger a.D. (Aufhebung von Urteilen des ehemaligen § 175 StGB bis 1969 und Entschädigung von Opfern).“</p> | <p><i>Rheinland-Pfalz</i></p> |
| | <p>„Bundesratsinitiative „Aufklärung über und Entschädigung für die Homosexuellenverfolgung und Verurteilungen gegen homosexuelle Handlungen“ Ziel: Aufklärung über und Entschädigung für die Homosexuellenverfolgung 1945 bis 1969 und Verurteilungen gegen homosexuelle Handlungen. Die BR-Initiative enthält folgende Maßnahmen: Einrichtung eines Fonds zur individuellen Entschädigung aller Opfer strafrechtlicher Verfolgung nach § 175 zwischen 1945 bis 1969. Einrichtung einer Stiftung zur Wiedergutmachung der Zerstörung der ersten deutschen Homosexuellenbewegung nach 1933. Stiftungszweck soll die Erforschung der Ursachen und die Bekämpfung von Homophobie sein (Koalitionsvereinbarung und Richtlinien der Senatspolitik von 2006 unter II.9.).“</p> | <p><i>Berlin</i></p> |
| | <p>„Der Berliner Senat unterbreitet dem Abgeordnetenhaus eine Gesetzesinitiative zur „Aufarbeitung und Dokumentation der Homosexuellenverfolgung 1933 bis 1969 in Berlin“. Diese enthält folgende Maßnahmen: Anerkennung des Unrechts, das homosexuellen Männern durch die strafrechtliche Verfolgung nach § 175 zwischen 1945 bis 1969 geschehen ist. Bekenntnis des Landes Berlin zur historischen Mitverantwortung für die Homosexuellenverfolgung und Selbstverpflichtung für die Zukunft, Homophobie entschieden zu bekämpfen. Errichtung einer Stiftung „Aufarbeitung und Dokumentation der Homosexuellenverfolgung in Berlin“. Stiftungszweck ist die Einrichtung eines „Dokumentationszentrums Homosexuellenverfolgung“, das die Geschichte der Homosexuellenverfolgung in Berlin erforscht und dokumentiert.“</p> | <p><i>Berlin</i></p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|--|---|---|
| Effektive Verfolgung im Straf- und Strafprozessrecht | <p>„Das Abgeordnetenhaus betont, dass die sachgerechte Ausschöpfung und die konsequente Anwendung des geltenden Straf- und Strafprozessrechts alle Möglichkeiten bieten, um die rechtsstaatliche und effektive Verfolgung von Delikten der vorurteilsmotivierten Kriminalität zu sichern. Die Verschärfung des geltenden Rechts hält das Abgeordnetenhaus nicht für einen geeigneten Weg, um die Sicherheit von Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und Lebensentwürfen in Berlin zu erhöhen.“</p> <p>„Der Landtag betont, dass die sachgerechte Ausschöpfung und die konsequente Anwendung des geltenden Straf- und Strafprozessrechts alle Möglichkeiten bieten, um die rechtsstaatliche und effektive Verfolgung von Delikten der vorurteilsmotivierten Kriminalität zu sichern. Die Verschärfung des geltenden Rechts hält der Landtag nicht für einen geeigneten Weg, um die Sicherheit von Menschen mit unterschiedlicher sexueller Identität und unterschiedlichen Lebensentwürfen in Sachsen-Anhalt zu erhöhen.“</p> | Berlin, Sachsen-Anhalt |
| Statistische Erfassung | <p>„Straftaten der so genannten Hasskriminalität sind ein Teil der politisch motivierten Kriminalität und werden ausreichend im Kriminalpolizeilichen Meldedienst – Politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) erfasst. Der KPMD-PMK gewährleistet eine zum Anzeigzeitpunkt zeitnahe, verlässliche Datenbasis für Auswertung, statistische Aussagen, führungs- und kriminalpolitische Entscheidungen, sowie für die kriminologische Forschung. Im übrigen würde bereits eine lediglich fallbezogene Erfassung des täterseitigen Motivs im Datenverarbeitungssystem der Polizei in einer Vielzahl von Fällen Rückschlüsse auf die sexuelle Orientierung des Opfers zulassen und diese über Recherchefunktionen individualisierbar zur Verfügung stellen. Die Polizei hat sich mit der Einführung von POLIKS bewusst gegen eine solche personenbezogene Auswertemöglichkeit von tatsächlichen oder vermeintlichen Opfereigenschaften entschieden, um deren missbräuchliche Benutzung von vorn herein auszuschließen.“</p> <p>„Straftaten der so genannten Hasskriminalität sind ein Teil der politisch motivierten Kriminalität und werden außerdem beim Kriminalpolizeilichen Meldedienst - Politisch Motivierte Kriminalität (KPMD - PMK) statistisch erfasst.“</p> <p>„Die Möglichkeiten der Datenerhebung von vorurteilsgeleiteter Gewalt (Statistik, Dunkelfeldstudie). Das Ministerium für Inneres und Kommunales stellt dar, unter welchen Voraussetzungen und mit welchem finanziellen Aufwand eine Dunkelfeldstudie durchgeführt werden kann.“</p> | Berlin, Sachsen-Anhalt, Nordrhein- Westfalen |
| | „Studie „Homosexuellenfeindliche Einstellungen unter Berliner Schüler/innen“.“ | Berlin |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|--|---|-------------------------------|
| | „Studie zu Konflikten zwischen der Lesben- und Schwulen-Community und gesellschaftlichen Teilgruppen der Gesellschaft.“ | <i>Berlin</i> |
| | „Studie zur Lebenssituation und zu Diskriminierungserfahrungen schwuler und bisexueller Männer.“ | <i>Berlin</i> |
| | „Studie zur Lebenssituation und Diskriminierungserfahrungen von trans- und intergeschlechtlichen Menschen und Lesben.“ | <i>Berlin</i> |
| | „Studie zur Wirksamkeit von Strategien und Methoden zur Bekämpfung von homophoben Diskriminierungen und zum Schutz und zur Förderung der Akzeptanz sexueller Vielfalt.“ | <i>Berlin</i> |
| | „Es ist eine breit angelegte Studie anzustoßen und zu fördern, die die unterschiedlichen Diskriminierungserfahrungen von LSBTTI im öffentlichen Raum und im sozialen Nahfeld, und die gesellschaftlichen Ursachen dieser Diskriminierung, aber auch die Wirksamkeit von Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der Akzeptanz sexueller Vielfalt, über einen längeren Zeitraum erforscht und reflektiert.“ | <i>Berlin</i> |
| | „Erhebung und Analyse zur Lebenssituation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen in Mecklenburg-Vorpommern.“ | <i>Mecklenburg-Vorpommern</i> |
| Volksverhetzung bekämpfen | „Das Ministerium für Inneres und Kommunales unterstützt die Kampagne des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland e.V und weitere politische Maßnahmen.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Das Ministerium für Inneres und Kommunales prüft zudem, mit welchen polizeilichen Präventivmaßnahmen weitere Kampagnen gegen Volksverhetzung wie z.B. die oben genannte Kampagne gegen Hassmusik mit LSBTTI-Inhalten begleitet werden können.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| Kommunikation und Austausch zum Abbau von Diskriminierungen verbessern | „Einrichtung einer Stelle für Antidiskriminierung und Vielfalt für NRO und RO.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|--|--|---|
| | <p>„Einrichtung eines landesweiten Runden Tischen der Queer-Gruppen und -Initiativen“ „Zudem ist im Rahmen der Förderung der Antidiskriminierungs- und Beratungsangebote für gleichgeschlechtlich Lebende auf die verbindliche Kooperation der Projekte und Träger im Rahmen des Lesben- und Schwulenpolitischen Runden Tisches hinzuwirken.“</p> | <p><i>Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt</i></p> |
| | <p>„Unterstützung eines Projektes zur Antidiskriminierungsarbeit und für Vielfalt der NRO mit dem Ziel von regionaler Beratung.“</p> | <p><i>Rheinland-Pfalz</i></p> |
| | <p>„Antigewaltpräventions- und Aufklärungsprogramme des Landes Berlin sollen verstärkt auf die Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Orientierungen und Geschlechtsidentität hinarbeiten und den Bezug zu anderen Diskriminierungsformen verdeutlichen.“ „Unterstützung von gesamtgesellschaftlichen Sensibilisierungs- und Präventionskampagnen gegen homophobe Gewalt auf Landes- und Kommunalebene.“</p> | <p><i>Berlin, Mecklenburg-Vorpommern</i></p> |
| | <p>„Etablierung eines begleitenden Beirats, Öffentlichkeitsarbeit und Informationsbroschüren (z.B. Coming-out-Broschüre, Gendergerechte Sprache), Aktionstage politisch unterstützen.“</p> | <p><i>Baden-Württemberg</i></p> |
| | <p>„Anlassbezogene Medienarbeit.“</p> | <p><i>Baden-Württemberg</i></p> |
| | <p>„Beteiligung von Polizei und Justiz an Veranstaltungen, Kampagnen und Netzwerken zur Verbesserung der Kooperation mit Organisationen und Interessenvertretungen der LSBT*I und zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit.“</p> | <p><i>Mecklenburg-Vorpommern</i></p> |
| <p>Diskriminierung im öffentlichen Raum beseitigen</p> | <p>„Gendervielfalt müsse auch bei der Beschilderung im öffentlichen Raum mehr Raum greifen, wie zum Beispiel bei der Beschilderung von Toiletten, bei Verkehrsschildern, Piktogrammen, die den Weg weisen usw.“</p> | <p><i>Niedersachsen</i></p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|---|--|-----------------------------|
| | <p>„Senatsbeschluss „Heraushebung und Anerkennung schwuler, lesbischer und transidenter Persönlichkeiten“ Ziel ist die öffentliche Heraushebung und Anerkennung schwuler und lesbischer und transidenter Persönlichkeiten. Maßnahme: Der Berliner Senat wirkt darauf hin, dass bei der Benennung von öffentlichen Gebäuden, Grün- und Sportanlagen, Kindergärten, Schulen etc. und bei der Verleihung von Verdienstmedaillen etc. Vertreter/innen der Lesben- und Schwulenbewegung und andere wichtige schwule, lesbische und transidente Persönlichkeiten in Zukunft verstärkt berücksichtigt werden.“</p> | <p><i>Berlin</i></p> |
| | <p>„Der Landesregierung müsse auch bewusst sein, dass die Ablehnung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und der damit verbundenen Lebensformen wesentlich von Institutionen ausgehe, die in gesellschaftsweiten Wertediskussionen einen großen Einfluss ausüben würden, seien dies nun christliche Kirchen (insbesondere die katholische, aber auch evangelikale Gruppierungen und Sekten), seien es andere Religionen (hier vor allem der Islam und dessen radikalisierte Strömungen). Sie müsse ihren Einfluss geltend machen, dass in einer demokratischen und weltoffenen Gesellschaft kein Platz für die Ausgrenzung sexueller und geschlechtlicher Minderheiten und für die Verletzung von Menschenrechten sei.“</p> | <p><i>Niedersachsen</i></p> |
| | <p>„Seitens der Regierung solle, so ein weiterer Vorschlag, deutlicher von bestehender Diskriminierung und der Arbeit gegen die Diskriminierung gesprochen werden – möglichst so, dass dies verschiedene Altersgruppen anspricht.“</p> | <p><i>Niedersachsen</i></p> |
| | <p>„In offiziellen Formularen beispielsweise der Finanzämter fehlt oft selbst die weibliche Form, ebenso Formulierungen bzw. Rubriken für Lebenspartnerschaften. Diese kränkende Praxis sollte abgeschafft werden, und das Land wird gebeten, sich dafür einzusetzen.“</p> | <p><i>Niedersachsen</i></p> |
| <p>Gleichstellung bundesweit vorantreiben</p> | <p>„Der Senat von Berlin wird aufgefordert, die Unterstützung von Initiativen für die rechtliche Gleichstellung von Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung fortzusetzen. Bundesratsinitiativen zur Vollendung der rechtlichen Gleichbehandlung von Ehe und Lebenspartnerschaft sind in geeigneter Weise zu initiieren oder zu unterstützen.“</p> | <p><i>Berlin</i></p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|--|---|---------------------------------|
| | <p>„Einführung eines Diskriminierungsverbotes als Voraussetzung für öffentliche Vergabeentscheidungen Ziel: Im Entwurf des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (Senatsbeschluss vom 09.02.2010), der derzeit dem Abgeordnetenhaus vorliegt, wird der Aspekt der „sexuellen Identität“ in § 8 Absatz 1 Nr. 6 berücksichtigt. Im Rahmen der ILO-Kernarbeitsnormen werden die Mindeststandards nach den aktuellen Vorgaben der EU-Richtlinie 2000/78 ausgelegt.“</p> | <p><i>Berlin</i></p> |
| | <p>„Senatsbeschluss „Partizipation und Empowerment von Lesben- Schwulen- und Transgenderverbänden“ Ziel: Der Berliner Senat strebt einen Grundsatzbeschluss an, dass in Landesgremien, in die Vertreter/innen gesellschaftlicher Organisationen berufen werden, zukünftig auch Vertreter/innen von Lesben- Schwulen- und Transgenderverbänden zu beteiligen sind. Zu solchen Gremien gehören u.a. Rundfunkräte, Integrationsbeiräte, die Landeskommissionen (z.B. gegen Gewalt), Familienbeiräte, Jugendhilfeausschüsse.“</p> | <p><i>Berlin</i></p> |
| | <p>„Unterstützung von Initiativen auf Bundesebene zur Aufnahme des Merkmals sexuelle Identität in Artikel 3 Grundgesetz.“</p> | <p><i>Bremen</i></p> |
| | <p>„Die Landespolitik sollte ihre Strategie einer aktiven Minderheitenpolitik für LSBTI* mit den anderen Bundesländern abstimmen, von den anderen lernen und darüber hinaus dazu beitragen, Standards bester Praxis in diesem Sinne auf europäischer Ebene voranzutreiben.“</p> | <p><i>Niedersachsen</i></p> |
| <p>Starfvollzug</p> | | |
| <p>Sensibilisierung für LSBTTIQ*-Thematik</p> | <p>„Qualifizierung der Sozialdienste der Jugendstrafanstalten und der Jugendarrestanstalt im Bereich Sexualpädagogik in Kooperation mit Pro Familia.“</p> | <p><i>Rheinland-Pfalz</i></p> |
| <p>Mehrfachdiskriminierung</p> | | |
| <p>Stärkung von LSBTTIQ* mit Migrationshintergrund</p> | <p>„Aufnahme des LSBTTIQ-Netzwerks in das Landesnetzwerk Antidiskriminierung.“</p> | <p><i>Baden-Württemberg</i></p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|---|---|----------------------------|
| | „Förderung eines Pilotprojekts in der Rhein-Neckar-Region zur Stärkung von nicht-heterosexuellen Zugewanderte durch Aufzeigen von Wegen zu Beratung und zu Netzwerken sowie Sensibilisierung von Behörden, Anlaufstellen, der LSBTTIQ-Community und der Allgemeinbevölkerung.“ | <i>Baden-Württemberg</i> |
| Kompetenzen des Fachpersonals im Bereich Zuwanderung/ Migration/ Integration im Umgang mit dem Thema LSBTTIQ* stärken | „Sensibilisierung und Qualifizierung des Fachpersonals im Bereich Zuwanderung/ Migration/ Integration zum Thema LSBTI.“ | <i>Bremen</i> |
| Verbesserung der Rahmenbedingungen für LSBTTIQ* mit Migrationshintergrund | „Förderung von Projekten zum Abbau von mehrdimensionaler Diskriminierung und zum respektvollen Umgang.“ | <i>Bremen</i> |
| | „Förderung von Ansprech- und Beratungsangeboten für LSBTI mit Migrationshintergrund/ Zuwanderungsgeschichte.“ | <i>Bremen</i> |
| | „Förderung von Kooperationsmaßnahmen zur Unterstützung von LSBTI mit Migrationsgeschichte/ Zuwanderungsgeschichte (z.B. Kooperation mit Kursleitenden der Integrationskurse).“ | <i>Bremen</i> |
| | „Prüfung der Möglichkeit, ob und wie die Belange von LSBTI mit Migrationshintergrund in Beteiligungsgremien berücksichtigt werden können (Dialog fördern).“ | <i>Bremen</i> |
| Stärkung der Selbsthilfe von LSBTTIQ* mit Migrationsgeschichte | „Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales fördert modellhaft das Projekt "Psychosoziale Beratung, offener Treff und Selbstorganisation für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und LSBT-Hintergrund" des Sozialwerks für Lesben und Schwule e. V. in Köln als landesweite Kontaktstelle.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Selbsthilfeförderung für LSBTI mit Migrationshintergrund (z.B. Empowermenträume schaffen).“ | <i>Bremen</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|---|--|-------------------------------|
| | „Mehrsprachiges Informationsmaterial für die Zielgruppe LSBTI mit Migrationshintergrund/ Zuwanderungsgeschichte.“ | <i>Bremen</i> |
| | „Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter fördert die Landesgeschäftsstellen der LAG Lesben in NRW e.V. und des Schwulen Netzwerks NRW e.V. als Dachverbände der schwulen und lesbischen Selbsthilfeinitiativen. Für die Verbände sind jeweils 20.000 Euro für die Förderung von Einzelprojekten eingeplant.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Sensibilisierung der Landkreise und der Betreiber von Asylbewerberunterkünften für die Belange von asylsuchenden Personen, die wegen ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität aus ihren Herkunftsländern geflohen sind.“ | <i>Mecklenburg-Vorpommern</i> |
| Unterstützung von LSBTTIQ* mit Migrationsgeschichte auf Bundesebene | „Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales wird die Thematik in die nach § 21 Integrationskursverordnung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eingerichtete Bewertungskommission einbringen, deren Aufgabe u.a. die Fortentwicklung des Integrationskurskonzeptes ist.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Die Verfolgung aufgrund der sexuellen Identität muss als Asylgrund zweifelsfrei anerkannt werden.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Auch das Asylrecht soll verbessert werden: Nicht nur rechtliche Verfolgung, sondern auch gewaltförmige Alltage in Herkunftsländern als Asylgrund.“ (im Bezug auf Frauen, die aufgrund ihrer sexuellen Identität diskriminiert, wenn auch nicht rechtlich verfolgt werden) | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Die Landesregierung wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf eine Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) für die Anliegen von Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit LSBTTI Hintergrund hinwirken, indem zunächst der Aktionsplan den verantwortlichen Stellen übermittelt wird.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|--|---|----------------------------|
| LSBTIQ* mit Migrationsgeschichte in Schule, Bildung und Hochschule stärken | „Der frühe Erwerb entsprechender interkultureller Kompetenzen in Ausbildung und Studium wird durch Aufnahme des Themenfelds „interkulturelle Kompetenz“ in die geplanten Diversity-Workshops für die Hochschulen sichergestellt.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|---|--|--|
| Kulturförderung | | |
| Förderung von Projekten im LSBTTIQ*-Bereich | „Die Aufnahme des Schwulen Museums e.V. in die institutionelle Förderung ab 2010 (s. Senatsbeschluss vom 07.07.2009).“ | <i>Berlin</i> |
| | „Erhalt der LSBTI- Kulturangebote von bestehenden Institutionen/ Initiativen (belladonna e.V.; Rat & Tat Zentrum für Schwule und Lesben e.V.; queerfilm e.V.; thealit Frauen. Kultur. Labor;...).“ | <i>Bremen</i> |
| | „Prüfung von Fördermöglichkeiten für einzelne Projekte mit LSBTI-Bezug (z.B.: Unterstützung der Weiterentwicklung des Bremer Queerfilmfestivals zum Kulturfestival im Land Bremen; Förderung der Wiederaufnahme der Queerfilmdays für Schulklassen; Förderung des bundesweiten LesbenFrühlingsTreffen (LFT), das 2016 in Bremen stattfinden wird).“ „Die Landesregierung solle darauf hinwirken, LSBTI*-Kulturveranstaltungen wie Filmfestivals zu bezuschussen, Preisgelder für einen Niedersächsischen Trans*-Filmpreis bereitzustellen und durch die Anwesenheit politischer Vertreter_innen* bereichern.“ „Projekte mit LSBTTI-Bezug werden im Rahmen der bestehenden Richtlinien der Kulturförderung berücksichtigt.“ | <i>Bremen, Niedersachsen, Nordrhein- Westfalen</i> |
| | „Förderung von Dokumentationsmaßnahmen im Bereich LSBTI (z.B. Unterstützung bei der Digitalisierung des Bestandes des belladonna-Archivs zur Überlieferungssicherung).“ | <i>Bremen</i> |
| | „Über die Förderung von einzelnen Kulturprojekten wird im Rahmen von geltenden kunst- und kulturfachlichen Richtlinien und Qualitätskriterien entschieden.“ | <i>Nordrhein- Westfalen</i> |
| | „Einzelanträge (z.B. im Rahmen von Städtepartnerschaften, Christopher Street Days, LSBTTI Theater/Projekte wie HisStory etc.) können über die LSBTTI-Selbsthilfe, die LAG Lesben in NRW e.V. und das Schwule Netzwerk NRW e.V. an das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter gerichtet werden.“ | <i>Nordrhein- Westfalen</i> |
| | „Soziokulturelle Zentren und das Frauenkulturbüro e.V. werden auch weiterhin aus Kulturmitteln des Landes unterstützt als Botschafter für Toleranz und Vielfalt.“ | <i>Nordrhein- Westfalen</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|---|---|----------------------------|
| | „Angeregt wird ein Niedersächsischer LSBTI*-Filmpreis, der durch die Landesregierung verliehen wird.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| Darstellung von LSBTTIQ* in der Kultur | | |
| Präsenz von LSBTTIQ*-Themen in Kultur aufzeigen | „Medienliste zum Thema LSBTTI mit dem Landesfilmdienst e.V. entwickeln“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| Geschichtsdokumentation | | |
| | „Das Thema LSBTTIQ als Teil der Geschichte in Ausstellungen etc. integrieren.“ | <i>Baden-Württemberg</i> |
| | „Sicherung von Quellen und Akten durch Sensibilisierung der Archive im Land.“ | <i>Baden-Württemberg</i> |
| | „Das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport prüft die Möglichkeiten der technischen Unterstützung und Beratung bei der Auswahl geeigneter Verfahren und Standards für die Digitalisierung durch das geplante Digitale Archiv NRW.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| Gedenkkultur | | |
| Stärkung der Erinnerungsarbeit - Aufarbeitung der Verfolgung homosexueller Menschen | „Forschungs- und Vermittlungsprojekt zur Homosexuellenverfolgung und zur Lebenssituation und Repression von LSBTTIQ-Menschen.“ | <i>Baden-Württemberg</i> |
| | „Die Landesregierung wird auf Gedenktage wie den 27. Januar (Opfer des Nationalsozialismus), 17.Mai (Tag gegen Homophobie) und den 25.November (Opfer transphober Gewalt) aufmerksam machen.“ | <i>Baden-Württemberg</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|-------------------------------------|---|---|
| | „Die Berücksichtigung der Darstellung der Homosexuellenverfolgung sowie der Verfolgung anderer Opfergruppen durch das NS-Regime bei der Konzeption und Planung des Ausstellungsbereichs zum 20. Jahrhundert innerhalb der Stiftung Stadtmuseum am künftigen Standort „Marinehaus“.“ | <i>Berlin</i> |
| | „Bereich „Gedenken an die Opfer des NS“.“ | <i>Berlin</i> |
| | „Neues Portal www.orte-der-erinnerung.de .“ | <i>Berlin</i> |
| | „Dauerausstellung Gedenkstätte-Museum Sachsenhausen.“ | <i>Berlin</i> |
| | "Einrichtung eines „Dokumentationszentrums Homosexuellenverfolgung“, das die Geschichte der Homosexuellenverfolgung in Berlin erforscht und dokumentiert." | <i>Berlin</i> |
| | „Dokumentation und Fachgespräche zur Aufarbeitung der Verfolgung von homosexueller Menschen im Elsass und Rheinland-Pfalz (KZ Osthofen).“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Unterstützung von Forschenden zur NS-Verfolgung von Homosexuellen durch wissenschaftliche Mitbetreuung im NS-Dokumentationszentrum Osthofen.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Zwei Vortragsveranstaltungen mit Jean-Luc Schwab zur NS-Verfolgung von Homosexuellen.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Es brauche als selbstverständlichen Bestandteil der Erinnerungsgeschichte öffentliche Orte des Gedenkens an Menschen, die aufgrund ihrer Sexualität verfolgt wurden, insbesondere an Verfolgte nach § 175.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| Öffentlichkeitsarbeit | | |
| Sensibilisierung der Öffentlichkeit | „Gewinnung von prominenten Personen für das Thema LSBTTI im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit.“ „Da kaum lesbische Prominente in Niedersachsen bekannt sind, wäre es gut, wenn sich Regierungsmitglieder outen würden.“ | <i>Rheinland-Pfalz, Niedersachsen</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|------|---|---|
| | „Das Land sollte sich hier dafür einsetzen, dass die Akzeptanz der Vielfalt auch in der Fläche ein Begriff wird.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Die Landesregierung solle sich aktiv, mutig und hartnäckig für die Anerkennung, Förderung und den Schutz von Minderheiten einsetzen und subsidiär die Communities in deren bürgerschaftlichem Engagement beim Aufbau von Strukturen und deren Vernetzung eigener und gemeinsamer Interessenvertretung auf Landes- und Bundesebene unterstützen und fördern.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Empfohlen wird auch eine Internetplattform auf der offiziellen Ministeriumsseite. Der Internetauftritt des Landes Niedersachsen sollte in diese Richtung ausgebaut und ständig aktuelle gehalten werden.“ „Die Staatskanzlei berücksichtigt diese Vielfalt in ihrer Öffentlichkeitsarbeit und im Internetportal der Landesregierung.“ | <i>Niedersachsen, Rheinland-Pfalz</i> |
| | „LSBTI* sollten auch bei Auslandsreisen von Politiker_innen* genauso selbstverständlich zur Entourage gehören wie Vertreter_innen* der Wirtschaft oder anderer gesellschaftlich bedeutsamer Institutionen.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Breitenwirksame Kampagne mit Image-Anzeigen, Jahr/Woche/Tag der sexuellen Vielfalt, Plakatierung, Plakatwettbewerb, Schreibwettbewerb.“ „Kampagne gegen Homophobie - Zielgruppe Menschen mit Migrationshintergrund.“ „Kampagne anders und gleich. Nur Respekt Wirkt. Die Ressorts werden Logo und Slogan der Kampagne im Kontext der jeweiligen Handlungsfelder des Aktionsplans nutzen. Weitere Medien werden zielgruppenorientiert unter Mitwirkung der Nichtregierungsorganisationen erarbeitet und eingesetzt. Dazu gehört u.a. auch die Initiierung einer breiten Unterstützeraktion gegen Homo- und Transphobie in Nordrhein-Westfalen - einschließlich der Information der nordrhein-westfälischen Kommunen. (In Christopher Street Days (CSDs) in NRW sind Bestandteil der Kampagne und werden dadurch als kulturelles und politisches Event gestärkt und gefördert. Zudem erfahren sie Wertschätzung und Unterstützung durch die Präsenz von Prominenz. | <i>Berlin, Nordrhein- Westfalen, Bremen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Mecklenburg- Vorpommern</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|------|--|------|
| | <p>Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter fördert das landesweite Projekt "SeniorInnenarbeit für Lesben und Schwule. Immer dabei: Ältere Lesben und Schwule in NRW" beim Sozialwerk für Lesben und Schwule e.V., Im Rahmen des o. g. Projektes "SeniorInnenarbeit für Lesben und Schwule" unterstützt die Stiftung Wohlfahrtspflege NRW das Modellprojekt "Aufbau und Inbetriebnahme einer internetgestützten Informationsplattform", die sich sowohl an die Community als auch an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren richten soll. Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter fördert das Projekt "Wege zu einer kultursensiblen Pflege in Nordrhein-Westfalen. Anders leben. Anders altern. Sensibel pflegen" beim Sozialwerk für Lesben und Schwule e.V.) Die vorrangige Zielgruppe bilden Lehrkräfte in der professionellen Altenpflege. Im Vordergrund steht eine Sensibilisierung für die Gruppe der älteren Lesben und Schwulen. Auch die Konzeption von Informationsmaterialien ist ein Bestandteil des Projekts."</p> <p>„Durchführung einer Akzeptanzkampagne (Bremen queer-erleben) unter Beteiligung aller Ressorts“</p> <p>„Förderung einer landesweiten LSBTI-Akzeptanzkampagne im Kontext des Landesaktionsplans Homophobie unter Beteiligung aller Ressorts mit breiter öffentlicher Wirkung.“</p> <p>Verfolgung gemeinsamer Kampagnen, zur Überwindung gegenseitiger Wissensdefizite und zur Weiterentwicklung einer landesweiten Antidiskriminierungsstrategie ist zu intensivieren, wobei eine möglichst breite Beteiligung von Vertretern aus Jugend- und Communityverbänden, Musikszenen, Sport, Religionsverbänden, Opferhilfen, Verwaltung und Politik motiviert werden soll.“</p> <p>„Die Landesregierung sollte in Kampagnen immer wieder deutlich machen, dass sie dem Leitbild einer Gesellschaft folge, die geprägt sei von einem harmonischen, inklusiven Miteinander und von Würde, Geborgenheit, Vertrauen, Sicherheit, Selbstbestimmung, Vielfalt, Freiheit, Friedfertigkeit. Darin würden LSBTI* als Bereicherung erlebt und müssten sich für ihr „Anderssein“ gegenüber der Mehrheitsgesellschaft nicht mehr rechtfertigen.“</p> <p>„Von der anstehenden Kampagne „Gemeinsam für Vielfalt in Niedersachsen“ werde erwartet, sie durch eine Homepage, Plakate und Materialien (Give Aways) zu stärken. Auch müsse die Kampagne durch eine starke Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden. (Anmerkung: unter Einbeziehung von Inter*-Menschen und deren Angehörigen). Von Niedersachsen müssten Signale einer hohen LSBTI*-Akzeptanz aus für ganz Deutschland ausgehen, damit Diskriminierungen so niedrig wie möglich gehalten werden würden.“</p> <p>„Akzeptanzkampagne für Verschiedenheit, für unterschiedliche Lebensweisen, Plakate, Postkarten.“</p> | |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|------|---|--|
| | „Bekanntmachung des Landesaktionsplanes innerhalb der Bremer Verwaltung, der vom Land geförderten Institutionen sowie bei einer breiten Öffentlichkeit und in der LSBTI-Community.“ | <i>Bremen</i> |
| | „Unterzeichnung der Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft durch den Ministerpräsidenten und die Antidiskriminierungsstelle des Bundes.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Neues Informationsangebot zum Thema Akzeptanz sexueller Vielfalt und Diskriminierungsschutz bei der ehrenamtlichen Vereinsarbeit.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Die Ministerpräsidentin greift das gesamte Themenspektrum der Vielfalt und des Diskriminierungsschutzes in Gesprächen und Reden an geeigneten Stellen auf. In der Vergangenheit übernahm Ministerpräsident Beck auch Schirmherrschaften für Christopher Street Days im Land und besuchte Stände von QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. beim Rheinland-Pfalz-Tag oder anderen Veranstaltungen. Dieses Engagement wird durch die Ministerpräsidentin fortgeführt werden.“ „Aktionstage politisch unterstützen.“ „Von der Landesregierung werde erwartet, dass sich einzelne Vertreter_innen* und ihre Kooperationspartner_innen* noch sichtbarer im öffentlichen Raum einsetzen.“ „Die Landesregierung greift das Themenspektrum Vielfalt und Diskriminierungsschutz in Gesprächen und Reden an geeigneten Stellen auf und begleitet Veranstaltungen und Kampagnen zum Thema sexueller und geschlechtlicher Vielfalt.“ | <i>Rheinland-Pfalz, Baden- Württemberg, Niedersachsen, Mecklenburg- Vorpommern</i> |
| | „Berücksichtigung der Darstellung von Vielfalt in der Bildsprache der Landesregierung.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Werbung für das Mitwirken an der Schaffung von Akzeptanz für die Vielfalt sexueller Identitäten im Rahmen ihres konstruktiven Dialogs mit dem SWR im Sinne von selbstverständlichen Berücksichtigung des Lebens von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgendern, Intersexuellen und ihrer Familien in den Programmen.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Erarbeitung von Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit und die Fortbildung in Zusammenarbeit mit NRO.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|--|---|---|
| | „Vorgeschlagen wird weiterhin, Heterosexualität ausdrücklich zu nennen.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Wünschenswert wäre ein regelmäßiges Statement an die Presse zum 17.5. bzw. die Äußerung der Wertschätzung zum Coming-out-Tag.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Durchgehend wird dringend Öffentlichkeitsarbeit des Landes empfohlen, um die lesbische Unsichtbarkeit zu mindern.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements durch staatliche Ehrungen; Vorschläge zur Ehrung herausragender Aktivitäten in Vereinen, Verbänden, Unternehmen und Einrichtungen; medienunterstützter Besuch von Landtagsvertretenden in den Einrichtungen.“ | <i>Mecklenburg-Vorpommern</i> |
| | <p>„Berücksichtigung der Darstellung von Vielfalt in der (Bild-)Sprache der Landesregierung (Öffentlichkeitsarbeit, Internetportal).“</p> <p>„Es wird vorgeschlagen, dass die Abbildungen in allen Broschüren des Landes systematisch die reale Vielfalt abbilden sollen.“</p> | <i>Mecklenburg-Vorpommern Niedersachsen</i> |
| LSBTTIQ* in Medien verantwortungsvoller darstellen | „Prüfung, ob eine Vertretung von LSBTTI in die Versammlung der Landeszentrale für Medien und Kommunikation möglich ist.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Der NDR sollte angeregt werden, auch über diesen Teil der Bevölkerung zu berichten.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | <p>„Dort wo die Landesregierung Einfluss habe (etwa bei der Besetzung von Rundfunkräten) sollte sie sich für einen verantwortungsvollen Umgang der Medien mit LSBTI*-Themen und einen würdigen Umgang mit deren Vertreter_innen* stark machen. Einer Exotisierung des Themas müsse konsequent entgegen gewirkt werden.“</p> | <i>Niedersachsen</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|--|---|---------------|
| Tourismus | | |
| Verbesserung der Rahmenbedingungen für LSBTTIQ* im Bereich Tourismus | „Prüfung der Möglichkeiten zur Berücksichtigung von LSBTI im Bereich Touristikinformatoren (z.B. Förderung eines queeren Stadtplans für Bremen).“ | <i>Bremen</i> |
| | „Förderung des Angebotes lesbisch-schwuler Stadtführungen.“ | <i>Bremen</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|--|--|---|
| Teilhabe an religiösen Gruppen | | |
| Beförderung der Kommunikation | <p>„Gespräche mit den Kirchen zum Thema Antidiskriminierung.“</p> <p>„Es erfolgt im ersten Schritt der Dialog mit den Kirchen unter Einbeziehung der Nichtregierungsorganisationen, um diese für das Thema LSBTTI zu sensibilisieren.“</p> <p>„Aufnahme und Fortführung eines Austausches mit den christlichen Kirchen und weiteren Religionsgemeinschaften zum Thema LSBTTI.“</p> <p>„Vernetzung von unterschiedliche Einrichtungen, Verbände und Schlüsselpersonen, darunter Migrant/inneneinrichtungen, interreligiöse Foren/Religionsgemeinschaften, Politiker/innen, Künstler/innen, Sportler/innen.“</p> | <p><i>Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Berlin</i></p> |
| | <p>„Symposium „Respekt für Religiosität und Homosexualität oder Zumutungen der pluralen Gesellschaft“.“</p> | <p><i>Berlin</i></p> |
| Regierung soll Kirchen eine Antidiskriminierungspolitik vorgeben | <p>„Die Landesregierung solle in diesem Kontext wissen, dass sich Schwule, Lesben, Trans*- und Intermenschen wünschen, dass sich Kirchen und andere Religionsgemeinschaften für die Akzeptanz von LSBTI* öffnen, sich aktiv für deren Würde einsetzen, bis zu der Bereitschaft, dass diese auch Ämter bekleiden dürften.“</p> | <p><i>Niedersachsen</i></p> |
| | <p>„Die Landesregierung könnte für ihren Dialog ihre Erwartungen an die Kirchen und Religionsgemeinschaften Ausdruck verleihen, indem sie kompetente Ansprechpartner_innen* für das Thema stellen würde.“</p> | <p><i>Niedersachsen</i></p> |
| | <p>„Das Land wird weiterhin gebeten, den christlichen Kirchen nicht weiterhin zu ermöglichen, mit massiver staatlicher Förderung Strukturen aufrecht zu erhalten, in denen sie intolerante Meinungsbildung stärken und sich nicht um Antidiskriminierungsvorschriften kümmern müssen.“</p> | <p><i>Niedersachsen</i></p> |
| | <p>„Das Sonderarbeitsrecht der katholischen und evangelischen Kirche wurde von einigen Befragten als „skandalös“ bezeichnet und solle abgeschafft werden.“</p> | <p><i>Niedersachsen</i></p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|---|---|---|
| Teilhabe an Sportvereinen | | |
| Sensibilisierung von Fachkräften im Sport | <p>„Qualifizierung von professionellen und ehrenamtlichen Mitarbeitenden und Trainer_innen in Vereinen und Verbänden.“</p> <p>„Unterstützung der Aus- und Fortbildungsmaßnahmen des organisierten Sports zur Sensibilisierung von Trainerinnen und Trainer, Übungsleiterinnen und Übungsleiter, Kampf- und Schiedsrichtende sowie Vereins- und Verbandsfunktionärinnen und - funktionäre im Umgang mit LSBT*I.“</p> <p>„Vertiefung/ Aktualisierung der Themenmodule „sexuelle und geschlechtliche Vielfalt“ in den Übungsleiter_innen-Fortbildungen.“</p> <p>„Durch Multiplikator/innen soll auch Einfluss auf Fußballfanclubs, Jugendklubs und (Sport-) Vereinen genommen werden.“</p> | <p><i>Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Berlin</i></p> |
| | <p>"Das Ministerium für Schule und Weiterbildung bezieht die Nichtregierungsorganisationen bei der Vorbereitung und Durchführung der Jahrestagung der Beraterinnen und Berater im Sport mit ein."</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen</i></p> |
| | <p>„Sensibilisierung und Dialogförderung für das Thema LSBTI im Bereich Sport (Verbände, Vereine).“</p> <p>„Sensibilisierung der Sportorganisationen auf Landes- und lokaler Ebene gegenüber sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“</p> | <p><i>Bremen, Mecklenburg-Vorpommern</i></p> |
| | <p>„Aufnahme und Fortführung eines Austausches mit dem Landessportbund zum Thema LSBTTI (Homo- und Transphobie im Sport).“</p> | <p><i>Rheinland-Pfalz</i></p> |
| | <p>„Sensibilisierung des Landesarbeitskreises Frauen und Gleichstellung beim Landessportbund für das Thema LSBTTI.“</p> | <p><i>Rheinland-Pfalz</i></p> |
| LSBTTIQ* im Sport sichtbar machen | <p>„Kampagne "Fußball ist alles - auch lesbisch".“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen</i></p> |
| | <p>„Den Augspurg-Heymann-Preis 2011 an die lesbische ehemalige Bundesliga-Fußballspielerin Tanja Walther Ahrens zu vergeben.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen</i></p> |
| | <p>„Unterstützung von Fanprojekten.“</p> | <p><i>Bremen</i></p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|--|--|---------------------------------------|
| | „Integration des Themas LSBTTI und Vielfalt in das Projekt "Balance".“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| Prävention von Homo- und Transphobie im Sport | „Das Thema Homophobie im Sport ist Bestandteil des „Pakts für den Sport“ zwischen der Landesregierung und dem Landessportbund NRW.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Stärkung queerer Sportvereine und -veranstaltungen mit Vorbildfunktion für die Zugänglichkeit von LSBTI.“ | <i>Bremen</i> |
| | „Förderung der Präventionsarbeit von Fanprojekten in Zusammenarbeit mit der bundesweiten Koordinierungsstelle im Nationalen Konzept Sport und Sicherheit.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Unterstützung der Sportorganisationen bei der Umsetzung der Berliner Erklärung von 2013 sowie der eigenen Satzungen bezüglich des Eintretens für Vielfalt, Respekt und Akzeptanz sowie gegen Homophobie im Sport.“ | <i>Mecklenburg-Vorpommern</i> |
| | „Motivierung und Förderung des organisierten Sports zur Mitwirkung in landesweiten und lokalen gesamtgesellschaftlichen Kampagnen und Projekten für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt und Akzeptanz, gegen homophobe Gewalt.“ | <i>Mecklenburg-Vorpommern</i> |
| Teilhabe im politischen Raum, LSBTTIQ*-Vereine | | |
| Förderung von LSBTTIQ*-Vereinen | „Die Politik könnte das ehrenamtliche Engagement von Menschen, die sich für Akzeptanz und Gleichstellung einsetzen, durchaus mehr würdigen und wertschätzen.“ „Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements gegen Diskriminierung und für Akzeptanz durch staatliche Ehrungen (z.B.: Orden oder Brückenpreis).“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Die Landesregierung müsse öffentlich Anreize schaffen, warum es sich lohnt, sich ehrenamtlich zu engagieren und sie solle den Mehrwert der Verantwortungsübernahme für jede/n einzelne/n herausstreichen.“ | <i>Niedersachsen, Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Die Selbsthilfe sollte unterstützt und gefördert werden.“ | <i>Niedersachsen</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|------|---|-------------------------------|
| | „Aufnahme der ehrenamtlichen Queer-Organisationen in die Datenbank der rheinland-pfälzischen Vereine und Initiativen (Neuer Bereich "Für Akzeptanz und Vielfalt").“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Neues Informationsangebot zum Thema Akzeptanz sexueller Vielfalt und Diskriminierungsschutz bei der ehrenamtlichen Vereinsarbeit.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Unterstützung eines Projektes zur Antidiskriminierungsarbeit und für Vielfalt der NRO mit dem Ziel von regionaler Beratung.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Unterstützung der Netzwerkgründung "Diskriminierungsfreies RLP" der NRO und deren weiterer Arbeit.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Sensibilisierung der LAG der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten für das Thema LSBTTI.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Sensibilisierung der LAG der Gleichstellungsbeauftragten nach dem Landesgleichstellungsgesetz für das Thema LSBTTI.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Einrichtung von landesweiten Runden Tischen der Queer-Gruppen und -Initiativen.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Bildung einer interministeriellen Arbeitsgruppe im Bereich Vielfalt.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Einrichtung einer Stelle für Antidiskriminierung und Vielfalt für NRO und RO.“ | <i>Rheinland-Pfalz</i> |
| | „Einbeziehung des LSVD-LV Mecklenburg-Vorpommern Gaymeinsam e. V. in die Umsetzung des Landesaktionsplanes, ggf. Prüfung auf Abschluss einer Zielvereinbarung.“ | <i>Mecklenburg-Vorpommern</i> |
| | „Eine stabile, ausgebaute finanzielle Förderung lesbischer Gruppen wird durchgehend als sehr wichtiges Anliegen beschrieben.“ | <i>Niedersachsen</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|---|---|------------------------------------|
| Transsexualität | | |
| Allgemeine rechtliche Gleichstellung erreichen | „Die Landesregierung setzt sich im Rahmen ihrer (finanziellen) Möglichkeiten auf Fachministerebene sowie auf Bundesebene für eine Verbesserung der rechtlichen Gleichstellung von transsexuellen, transgender und intersexuellen Menschen ein.“ | <i>Baden-Württemberg</i> |
| Reform des Transsexuellengesetzes | „Unterstützung von Initiativen auf Bundesebene zur bevorstehenden Reform des Transsexuellengesetzes.“ „Das Land NRW setzt sich auf Bundesebene für eine Reform des Transsexuellengesetzes ein.“ | <i>Bremen, Nordrhein-Westfalen</i> |
| Reform des Personenstandsrechts | „Prüfung von Möglichkeiten zur Verbesserung des Verfahrens bei Namens- und Personenstandänderung (z.B. Kürzung der Bearbeitungszeit; Berücksichtigung der gewünschten Vornamens- und Geschlechtsangabe im Schriftverkehr ab Antragstellung).“ „Der Bundesrat hat eine Prüfbitte im Rahmen des Personenstandsrechts-Änderungsgesetzes hinsichtlich der Aufnahme der Empfehlungen des Deutschen Ethikrates beschlossen. NRW wird die Entwicklung der Änderungen im Personenstandsrecht weiter verfolgen und sich für die notwendigen Änderungsvorhaben einsetzen.“ | <i>Bremen, Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Förderung von Fortbildungen zu rechtlichen Fragen im Bereich Schule und öffentliche Verwaltung (z.B. Änderung von Zeugnissen nach der Namens- und Personenstandänderung).“ | <i>Bremen</i> |
| Ehe für alle durchsetzen | „Völlige Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe, auch im Hinblick auf Adoptionsrecht und Steuerrecht, Öffnung der Ehe für alle.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| Verbesserung der medizinischen / therapeutischen Angebote | „Die Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg richtet einen interdisziplinären Qualitätszirkel mit Beteiligung von Betroffenen ein, dessen Ziel es ist, die Behandlung von TTI-Menschen zu verbessern und auch einheitliche Vorgehensweisen bei der Behandlung zu entwickeln.“ | <i>Baden-Württemberg</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|------|---|--|
| | <p>„Weiterentwicklung der Begutachtungsanleitung „Geschlechtsangleichende Maßnahmen bei Transsexualität“ des Medizinischen Dienstes des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen e.V. (MDS).“</p> <p>„Die Begutachtungspraxis insgesamt bedürfe einer grundlegenden Bearbeitung. Sie sollte in der jetzigen Form völlig abgeschafft, zumindest aber stark vereinfacht werden, sowohl im Blick auf den Zugang zur Hormonbehandlung als auch bei der Namens- und Personenstandsänderung.“</p> | <p><i>Baden-Württemberg, Niedersachsen</i></p> |
| | <p>„Schulung der Krankenkassenbeschäftigten in Bezug auf Trans- und Intersexualität.“</p> | <p><i>Baden-Württemberg</i></p> |
| | <p>„Individualisierung der Psychotherapie.“</p> <p>„Förderung eines breiteren Angebots von qualifizierten Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten für die Zielgruppe transgeschlechtlicher Menschen in Bremen.“</p> | <p><i>Baden-Württemberg, Bremen</i></p> |
| | <p>„Förderung von gezielten Beratungsangeboten (psychosozial und rechtlich) für trans- und intergeschlechtliche Menschen aller Altersgruppen und ihre Angehörigen in Bremen.“</p> <p>„Ermittlung des Beratungsbedarfs transgender, trans- und intersexueller Menschen und Ermittlung, welche Angebote die Universitätskliniken für transgender, trans- und intersexuelle Menschen vorhalten. Diese Angebote werden für Interessierte und Betroffene bekannt gemacht.“</p> | <p><i>Bremen, Baden-Württemberg</i></p> |
| | <p>„Erstellung von Informationsmaterial für TTI-Menschen mit Kontaktadressen sowie Bekanntmachung einer TTI-Beratung im Rahmen der Einrichtung einer psychosozialen Beratungsstelle.“</p> | <p><i>Baden-Württemberg</i></p> |
| | <p>„Die Landesregierung hat Gespräche zwischen den Vertretungen von Transsexuellen in NRW und dem Deutschen Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) angebahnt. Nur das DIMDI als zuständige Behörde kann Verfahrensvorschläge machen, wie sich Betroffenenorganisationen in eine Novellierung des Diagnoseschlüssels bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) einbringen können.“</p> <p>„Unterstützung von Initiativen auf Bundesebene zur Überarbeitung der Einordnung von Transsexualität im ICD-Diagnosesystem.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen, Bremen</i></p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|------|--|----------------------------|
| | „Förderung von Selbsthilfestrukturen und kulturellen Angeboten für trans- und intergeschlechtliche Menschen in Bremen.“ | <i>Bremen</i> |
| | „Förderung von Fortbildungsangeboten für behandelnde Ärztinnen und Ärzte sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten zum Thema Trans- und Intergeschlechtlichkeit.“ | <i>Bremen</i> |
| | „Die Landesregierung hat eine Studie über die Lebenssituation von Transsexuellen in NRW gefördert. Die Studie hat zu einer ersten Bestandsaufnahme in Nordrhein-Westfalen beigetragen, Einblicke in die Lebenslagen von Transsexuellen aller Altersstufen gegeben und auch deren Beratungsbedarfe im psychosozialen und rechtlichen Bereich aufgezeigt. Auf Basis der Ergebnisse werden weitere Schritte geprüft.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Die Landesregierung klärt mit den Krankenkassen, wie auf Grundlage von Anträgen innovative Projekte von Transsexuellen-Initiativen im Bereich der gesundheitlichen Selbsthilfe gemäß § 20 SGB V gefördert werden können.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Beteiligung an der Erarbeitung eines fachlichen Vorschlags für die Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesgesundheitsbehörden.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Unterstützung der Betroffenen und ihrer Organisationen bei der Nutzung der Selbsthilfeinfrastruktur“ durch „Entwicklung eines Konzepts zusammen mit Betroffenen und Vertretungen von Selbsthilfekontaktstellen.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Entwicklung von Fortbildungsmodulen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Selbsthilfekontaktstellen.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Sensibilisierung der Selbsthilfereferentinnen und -referenten der Krankenkassen in NRW für die Anliegen der Zielgruppen des Aktionsplans.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|------|--|---|
| | <p>„Im Hinblick auf die laufenden Überarbeitungen und Anpassungen des vorhandenen Maßnahmenkatalogs (MDS-2009) wirkt das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter darauf hin, dass die medizinischen Fachgesellschaften die Expertise der Nichtregierungsorganisationen mit einbeziehen. Somit ist gewährleistet, dass sowohl neue Erkenntnisse und Methoden als auch die Interessen der Betroffenen beachtet und einbezogen werden.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen</i></p> |
| | <p>„Im Hinblick auf die unbefriedigende Kostenerstattung bei Epilationsbehandlungen für Transsexuelle wird das MGEPA die Kassenärztliche Bundesvereinigung und den Spitzenverband Bund der Krankenkassen (Beteiligte des Bewertungsausschusses) anschreiben. Dabei sollen folgende Punkte aufgegriffen werden: eine klarstellende Ergänzung/Änderung der einschlägigen Abrechnungsziffern bezüglich der Körperregionen, eine Prüfung der angeführten "nicht angemessenen" Bewertung der einschlägigen Abrechnungsziffern, Eine Thematisierung, dass in den Praxen immer weniger die Leistungen der Elektrokoagulation angeboten und vielfach die Methode der Laserbehandlung ersetzt würden.“</p> <p>„Prüfung der Möglichkeiten, den Zugang zu medizinischen und sozialmedizinischen Leistungen zu erweitern (z.B. die Anerkennung von Epilationsmaßnahmen als Kassenleistung).“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen, Bremen</i></p> |
| | <p>„Wenn sich eine geeignete medizinische Einrichtung in NRW mit angegliedertem Wissenspool zu einer Anlaufstelle für Transsexuelle entwickeln will, begrüßt die Landesregierung dies. Transsexualismus ist als seltene Erkrankung anerkannt, Krankenhäuser können für die ambulante spezialfachärztliche Versorgung von Transsexualismus gemäß § 116b SGB V Leistungen erbringen. Davon unabhängig ist die Angliederung und Einrichtung eines Wissenspools. Es wäre wünschenswert, wenn beide Bereiche unter einem Dach zusammengeführt werden können.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen</i></p> |
| | <p>„Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter wird im ersten Schritt die Ergebnisse der geförderten Studie über die Lebenslagen von Transsexuellen nach deren Fertigstellung an die Ärztekammern, die Kassenärztlichen Vereinigungen und die Psychotherapeutenkammern herantragen, um geeignete Zugänge zur Medizin und zur Psychotherapie zu erörtern und entsprechende Schritte einzuleiten.“</p> | <p><i>Nordrhein-Westfalen</i></p> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|------|---|----------------------------|
| | „Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter hat 2011 eine Homepage des LSVD für Transsexuelle gefördert, die sich auch auf gesundheitsbezogene Aspekte bezieht.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Es brauche ein Konversionstherapieverbot.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Die Landesregierung könne etwa vertreten durch das Justizministerium zusammen mit dem Gesundheitsministerium die involvierten Richter_innen* in Niedersachsen zusammen mit ein paar Gutachter_innen* und Vertreter_innen* von Betroffenen an einen Tisch bringen, damit perspektivisch geklärt werden könnte, wie detailliert die Richter_innen* das Gutachten eigentlich lesen würden und welche Bedeutung das Gutachten für die Richterentscheidung habe.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Spezifische Bedarfe und Bedürfnisse von Trans*menschen im Blick auf deren Gesundheit müssten auf allen Ebenen Berücksichtigung finden. Für die Gesundheit transidenter Menschen müsse es eigene Präventionskonzepte, auch auf kommunaler und Landesebene geben.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Es bedürfe eigener Transgender-Bereiche in Frauenhäusern.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Die Landesregierung solle darauf hinwirken, dass die Behandlungsleitlinien insgesamt würdiger gestaltet und die Behandlungsprozesse transparenter werden. Das gelte auch für die zwangsweise Psychotherapie die nicht in jedem Fall angezeigt ist. Alternativ wäre ein freiwilliges Psychotherapie-Angebot sinnvoll.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Die Landesregierung solle bei den Krankenhäusern in ihrer Trägerschaft oder in Trägerschaft anderer darauf hinwirken, dass Transmenschen als Patient_innen* wie auch andere angesehen und behandelt werden – unabhängig von ihrem Transitionsstatus.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Die Politik müsse daran interessiert sein, dass die Träger der Selbstorganisationen von transidenten und transgeschlechtlichen Menschen und deren Angehörigen als Kooperationspartner_innen* einer Minderheitenpolitik gut aufgestellt sind. Sie trügen wesentlich dazu bei, dass in den Regionen eine vielfältige, bunte, kreative und lebendige Szene sichtbar werde. Wesentlich gehe es um die Professionalisierung der Strukturen.“ | <i>Niedersachsen</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|--------------------------------------|---|----------------------|
| Antidiskriminierungsarbeit erweitern | „Eine wissenschaftliche Untersuchung soll die Erkenntnisgrundlagen zur Lebenssituation und zu Diskriminierungserfahrungen von Lesben und trans- und intergeschlechtlichen Menschen verbessern, um Erscheinungsformen, Ausmaß und Ursachen von Diskriminierungen genauer bestimmen zu können.“ | <i>Berlin</i> |
| | „Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Infrastruktur für trans- und intergeschlechtliche Menschen.“ | <i>Bremen</i> |
| | „Dialogförderung zwischen Selbsthilfeorganisationen und der Bremer Verwaltung zum Abbau von Diskriminierung und für einen respektvollen Umgang mit Trans- und Intergeschlechtlichkeit sowie zur Ermittlung eines gezielten Unterstützungsbedarfs.“ | <i>Bremen</i> |
| | „Ein wichtiger Aspekt sei die Transsensibilisierung der Sprache auf allen möglichen Ebenen.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Gendervielfalt müsse auch bei der Beschilderung im öffentlichen Raum mehr Raum greifen, wie zum Beispiel bei der Beschilderung von Toiletten, bei Verkehrsschildern, Piktogrammen, die den Weg weisen usw.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Trans*menschen müssen gleiche Karrierechancen wie ihre heterosexuellen Kolleg_innen* haben.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Es bedürfe einer Aufarbeitung des historischen Umgangs mit unterschiedlichen Trans*-Themen (auch in Bezug auf Medizingeschichte, Kastrationszwang, Eugenik etc.), ebenso wie des Erzählens der Bewegungsgeschichte selbst.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Die Landesregierung solle darauf hinwirken, dass ein dem SchLau-Projekt vergleichbares Angebot Angebote zur Trans*-Aufklärung entwickelt wird und (auch in ländlichen Regionen) an Schulen, in der Jugendarbeit und in weiteren Bildungseinrichtungen und für interessierte Fachkreise wie z.B. Lehrer_innen* und Sozialpädagog_innen* stattfindet.“ | <i>Niedersachsen</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|---|--|--|
| Intersexualität | | |
| Allgemeine rechtliche Gleichstellung erreichen | „Die Landesregierung setzt sich im Rahmen ihrer (finanziellen) Möglichkeiten auf Fachministerebene sowie auf Bundes- und Landesebene für eine Verbesserung der rechtlichen Gleichstellung von transsexuellen, transgender und intersexuellen Menschen ein.“ | <i>Baden-Württemberg</i> |
| | „Es wird gewünscht, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz weiter zu entwickeln und den Gleichbehandlungsgrundsatz konsequent umzusetzen.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| Reform des Personenstandsrechts | „Förderung von Fortbildungen zu rechtlichen Fragen im Bereich Schule und öffentliche Verwaltung (z.B. Änderung von Zeugnissen nach der Namens- und Personenstandsänderung).“ | <i>Bremen</i> |
| | „Die Landesregierung solle darauf hinwirken, dass die Namensänderung vereinfacht werde, ein neutraler Geschlechtseintrag möglich werde und das zwangsweise Testjahr abgeschafft werde.“ „Der Bundesrat hat eine Prüfbitt im Rahmen des Personenstandsrechts-Änderungsgesetzes hinsichtlich der Aufnahme der Empfehlungen des Deutschen Ethikrates beschlossen. NRW wird die Entwicklung der Änderungen im Personenstandsrecht weiter verfolgen und sich für die notwendigen Änderungsvorhaben einsetzen.“ „Prüfung von Möglichkeiten zur Verbesserung des Verfahrens bei Namens- und Personenstandsänderung (z.B. Kürzung der Bearbeitungszeit; Berücksichtigung der gewünschten Vornamens- und Geschlechtsangabe im Schriftverkehr ab Antragstellung).“ „Gefordert wird eine Änderung des Personenstandsgesetzes. Bei Kindern sollte auf eine Einteilung in männlich und weiblich verzichtet werden. Dort soll nur „Kind“ stehen.“ | <i>Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bremen, Niedersachsen</i> |
| Ehe für alle durchsetzen | „Völlige Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe, auch im Hinblick auf Adoptionsrecht und Steuerrecht, Öffnung der Ehe für alle.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| Verbesserung der medizinischen / therapeutischen Angebote | „Die Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg richtet einen interdisziplinären Qualitätszirkel mit Beteiligung von Betroffenen ein, dessen Ziel es ist, die Behandlung von TTI-Menschen zu verbessern und auch einheitliche Vorgehensweisen bei der Behandlung zu entwickeln.“ | <i>Baden-Württemberg</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|------|--|---|
| | „Schulung der Krankenkassenbeschäftigten in Bezug auf Trans- und Intersexualität.“ | <i>Baden-Württemberg</i> |
| | „Individualisierung der Psychotherapie.“ „Förderung von Fortbildungsangeboten für behandelnde Ärztinnen und Ärzte sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten zum Thema Trans- und Intergeschlechtlichkeit.“ | <i>Baden-Württemberg</i> |
| | „Ermittlung des Beratungsbedarfs transgender, trans- und intersexueller Menschen und Ermittlung, welche Angebote die Universitätskliniken für transgender, trans- und intersexuelle Menschen vorhalten. Diese Angebote werden für Interessierte und Betroffene bekannt gemacht.“ | <i>Baden-Württemberg, Bremen</i> |
| | „Erstellung von Informationsmaterial für TTI-Menschen mit Kontaktadressen sowie Bekanntmachung einer TTI-Beratung im Rahmen der Einrichtung einer psychosozialen Beratungsstelle.“ | <i>Baden-Württemberg</i> |
| | „Förderung von gezielten Beratungsangeboten (psychosozial und rechtlich) für trans- und intergeschlechtliche Menschen aller Altersgruppen und ihre Angehörigen in Bremen“ „Das Beratungsangebot müsste ausgeweitet werden.“ | <i>Bremen, Niedersachsen</i> |
| | „Förderung von Selbsthilfestrukturen und kulturellen Angeboten für trans- und intergeschlechtliche Menschen in Bremen.“ „Unterstützung der Betroffenen und ihrer Organisationen bei der Nutzung der Selbsthilfeinfrastruktur durch Entwicklung eines Konzepts zusammen mit Betroffenen und Vertretungen von Selbsthilfekontaktstellen.“ | <i>Bremen, Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Beteiligung an der Erarbeitung eines fachlichen Vorschlags für die Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesgesundheitsbehörden.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Vermeidung nicht indizierter geschlechtsangleichender Operationen: Die einschlägige Behandlungsleitlinie wird durch die medizinische Fachgesellschaft überarbeitet.“ „Im rechtlichen Bereich brauche es klarer Normen, damit es keine medizinischen Schlupflöcher für nicht notwendige Operationen mehr gibt.“ | <i>Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|------|--|----------------------------|
| | „Entwicklung von Fortbildungsmodulen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Selbsthilfekontaktstellen.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Sensibilisierung der Selbsthilfereferentinnen und -referenten der Krankenkassen in NRW für die Anliegen der Zielgruppen des Aktionsplans.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Im Hinblick auf die laufenden Überarbeitungen und Anpassungen des vorhandenen Maßnahmenkatalogs (MDS-2009) wirkt das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter darauf hin, dass die medizinischen Fachgesellschaften die Expertise der Nichtregierungsorganisationen mit einbeziehen. Somit ist gewährleistet, dass sowohl neue Erkenntnisse und Methoden als auch die Interessen der Betroffenen beachtet und einbezogen werden.“ | <i>Nordrhein-Westfalen</i> |
| | „Wartezeiten von der Diagnose bis zum medizinischen Eingriff müssten mindestens zwei Jahre betragen.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Es sollte eine ähnliche Praxis wie bei Transsexuellen eingerichtet werden, die Operationen erst ab dem Pubertätsalter erlaubt.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Die Krankenhausaufsichten sollten verstärkt werden und über Genitalverstümmelung aufklären. Kontrollinstanzen müssten eingesetzt und ein Budget dafür bereitgestellt werden.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Zwischen den Kompetenzzentren müsse ein regelmäßiger fachlicher Austausch bestehen.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „In Paragraph 1631 c BGB (Verbot der Sterilisation) sollte verankert werden, dass Ausschüsse gebildet werden, die über die Notwendigkeit von OPs entscheiden.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Die Politik müsse daran interessiert sein, dass die Träger der Selbstorganisationen von intergeschlechtlichen Menschen und deren Angehörigen als Kooperationspartner_innen* einer Minderheitenpolitik gut aufgestellt sind. Sie trügen wesentlich dazu bei, dass in den Regionen eine vielfältige, bunte, kreative und lebendige Szene sichtbar werde. Wesentlich gehe es um die Professionalisierung der Strukturen.“ | <i>Niedersachsen</i> |

| Ziel | Maßnahme | Land |
|--------------------------------------|---|----------------------|
| Antidiskriminierungsarbeit erweitern | „Eine wissenschaftliche Untersuchung soll die Erkenntnisgrundlagen zur Lebenssituation und zu Diskriminierungserfahrungen von Lesben und trans- und intergeschlechtlichen Menschen verbessern, um Erscheinungsformen, Ausmaß und Ursachen von Diskriminierungen genauer bestimmen zu können.“ | <i>Berlin</i> |
| | „Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Infrastruktur für trans- und intergeschlechtliche Menschen.“ | <i>Bremen</i> |
| | „Dialogförderung zwischen Selbsthilfeorganisationen und der Bremer Verwaltung zum Abbau von Diskriminierung und für einen respektvollen Umgang mit Trans- und Intergeschlechtlichkeit sowie zur Ermittlung eines gezielten Unterstützungsbedarfs.“ | <i>Bremen</i> |
| | „Ein wichtiger Aspekt ist die Sensibilisierung der Sprache auf allen Ebenen.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Gendervielfalt müsse auch bei der Beschilderung im öffentlichen Raum mehr Raum greifen, wie zum Beispiel bei der Beschilderung von Toiletten, bei Verkehrsschildern, Piktogrammen, die den Weg weisen usw.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Intergeschlechtliche Menschen müssten gleiche Karrierechancen wie ihre heterosexuellen Kolleg_innen* haben.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Die Landesregierung solle darauf hinwirken, dass ein dem SchLau-Projekt vergleichbares Angebot Angebote zur Inter*-Aufklärung entwickelt wird und (auch in ländlichen Regionen) an Schulen, in der Jugendarbeit und in weiteren Bildungseinrichtungen und für interessierte Fachkreise wie z.B. Lehrer_innen* und Sozialpädagog_innen* stattfindet.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Verjährungsfristen für Klagen (Anmerkung z.B. bei Genitalverstümmelungen) sollten verlängert werden auf 30 Jahre ab dem 18. Lebensjahr.“ | <i>Niedersachsen</i> |
| | „Die Empfehlungen des deutschen Ethikrates sollten umgesetzt werden.“ | <i>Niedersachsen</i> |

Impressum:

VisdP:

Change Centre Foundation

Prof. Dr. Joachim Klewes

Ossum 14 / Schloß Pesch

D-40668 Meerbusch

www.change-centre.org

info@change-centre.org

+49 (0) 21 59 678 6968